Einzelpreis 40 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Donnerstag, 10. November 1921

Nummer 526 · Morgen-Ausgabe

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Aufmarsch der Arbeiterklasse

Warum wir den 9. November feiern

Der dritte Jahrestag der deutschen Revolution fand die Berliner Arbeiterschaft in geschlossener Front im Kampf. Während die Bourgeoisie und die angeblich ebenfalls republikanischen Mittelschichten ruhig ihren Vergnügungen oder Schiebergeschäften nachgingen, schickte das Proletariat sein Massenaufgebot auf die Straße. Nur die, die vor drei Jahren dem politischen Schicksal Deutschlands jenen gewaltigen Ruck gaben, nur die Arbeiterklasse, hat den Tag gefeiert. Trotz vieler Fehler, Hemmungen und Rückschläge behält die Arbeiterklasse den 9. November 1918 als den Anbruch einer neuen Periode der Geschichte Deutschlands in Erinnerung. Es gibt zahlreiche Stimmen, die bestreiten, daß die Arbeiterschaft einen Grund zur festlichen Begehung des Novembertages habe. Die Entwicklung seit dem 9. November gebe keinen Anlaß, Feste der stolzen Erinnerung zu feiern. Dem deutschen Proletariat aber würde es schlecht anstehen, wenn es jenen Tag der Erhebung, des ersten mutigen Vorstoßes gegen die herrschenden Mächte seit 70 Jahren, den Tag des Sturzes der Monarchie, den Geburtstag der Republik vergessen würde. Die deutsche Arbeiterklasse weiß die Errungenschaften der Novemberrevolution wohl richtig und gewiß nicht zu hoch einzuschätzen. Sie feierte gestern nicht die Ergebnisse des 9. November vor drei Jahren, sondern die Revolution als Ausdruck des proletarischen Willens. Und diese Bedeutung bleibt dem 9. November, und darum feiert ihn die deutsche Arbeiterschaft als Kampftag.

Scharf und klar trat bei den gestrigen Kundgebungen der Berliner Arbeiterschaft der rein proletarische Charakter dieses Revolutionsgedenktages hervor. Das Bürgertum, das auch vor drei Jahren an der Revolution keinen Anteil hatte und zum größten Teile der Republik feindlich gegenübersteht, hat in der Tat keinen Anlaß, sich des 9. November zu erinnern. Es hat inzwischen nichts getan, um die am 9. November errungene Republik fester zu fundieren, und jedesmal, wenn reaktionäre Anstürme gegen die Republik drohten, dann war es allein die Arbeiterschaft, die den Kampf zur Sicherung der Republik aufnahm. Und darum kann die Arbeiterschaft stolz darauf sein, daß sie auch den Feiertag der Revolution allein begeht. Der standhafte Wille und das mutige Eintreten der Arbeiterklasse allein vermag die Sicherung der Republik zu garantieren, und die politische Zukunft Deutschlands ruht allein auf der Tatkraft und der Zielklarheit der proletarischen Massen. Wo es im Bürgertum noch vereinzelte ehrliche Demokraten und Republikaner gibt, da sind sie gezwungen, in die Reihen der Arbeiter zu treten oder in hoffnungsloser Vereinzelung zu versinken.

Diese Umstände heben die Novemberdemonstrationen der Arbeiterschaft auch weit hinaus über eine Vertretung der bloßen Klasseninteressen des Proletariats. Das Proletariat ist der einzige feste Punkt in dem Getriebe von Halbheiten, politischen Angstzuständen, Intrigen und der auf das höchste gesteigerten Gewinnsucht. Das ist es, was den Kampf der deutschen Arbeiterklasse so schwer und darum so ruhmreich macht. Unbeirrt durch die Rückschläge, unbeirrt auch durch die Differenzen in den eigenen Reihen, schreitet die deutsche Arbeiterklasse fort auf dem am 9. November betretenen Wege. In unaufhörlichem Kampfe steht sie mit den Mächten der Vergangenheit. Sie führt ihren Kampf, um die gesellschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland weit über die kleinen Errungenschaften des 9. November 1918 hinaus zu fördern. Sie führt ihren Kampf um die Befreiung der Menschheit, aber sie weiß, daß sie ihn auf dem Boden der demokratischen Republik günstiger führen kann als einst auf dem Boden des verrotteten kaiserlichen Regimes. Darum feiert die deutsche Arbeiterklasse den 9. November.

*

Die Kundgebungen des gestrigen Tages hatten leider nicht die große Beteiligung aufzuweisen, die das Aufgebot der Arbeiterklasse sonst auszeichnet. Wir kennen die Gründe nicht. Wir wissen nicht, warum die Belegschaften zahlreicher Fabriken davon abgesehen haben, die Arbeit um 2 Uhr einzustellen, um sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Vielleicht war es der Beschluß der Gewerkschaftskommission, der die Veranlassung dazu gegeben hat. Vielleicht war es der Wille der Arbeiter, den Tag der Revolution würdiger zu feiern durch völlige Arbeitsruhe, was durch den erwähnten Beschluß verhindert worden ist. Aber mögen die Gründe lauten wie immer, wir bedauern dennoch, daß aus Gründen der Verärgerung große Teile der Arbeiterschaft abseits standen. Mag der Grund, den wir oben für ihr Fernbleiben von den Demonstrationen vorausgesetzt haben, auch ehrenvoll für sie sein, ein anderer Beschluß wäre für die Zukunft doch leichter zu erreichen, wenn die Arbeiterschaft die Disziplin auch in solchen Fällen wahrt.

Wir lassen nachstehend die Berichte über die einzelnen Veranstaltungen folgen:

Weberwiese

Die Demonstration auf der Weberwiese an der Frankfurter Allee war außerordentlich gut besucht. Der Platz, der eingezäunt ist und nur zwei kleine Eingangspforten hat, war lange vor drei Uhr überfüllt. Immer neue Züge rückten noch an, so daß der Platz nicht ausreichte und viele Demonstranten außerhalb des Zaunes Aufstellung nahmen. Noch nach Beginn der Reden kamen weitere Züge, einer von diesen, der aus Lichtenberg kam und eine lange Strecke der Frankfurter Allee füllte, führte an seiner Spitze eine Musikkapelle.

Außerordentlich groß war die Zahl der an der Demonstration teilnehmenden Frauen und Mädchen. Die proletarische Jugend war ebenfalls zahlreich erschienen. Die Rednertribünen wurden durch die dort aufgestellten Banner gekennzeichnet. Da nur vier Redner vorgesehen waren, konnte nur ein kleiner Teil der Demonstranten die Reden mit anhören. Referenten waren die Genossen Fiebiger, Dr. Hertz, Polenske und Ziska. Nach Schluß der Vorträge, der durch Trompetensignal bekanntgegeben wurde, spielte am Ausgang des Platzes die Musikkapelle die Internationale.

Vor dem Platze hatte die Fichtmanngruppe auf einem Wagen eine Tribüne errichtet. Ihre Redner fanden starken Widerspruch. Sie spielten sich als Vertreter der Arbeitslosen auf. Die Toleranz unserer Genossen verhinderte die Absicht der Fichtmanngruppe, eine Störung der Demonstration herbeizuführen.

Humboldthain

In langen Zügen erschienen die Demonstranten auch im Humboldthain. Die Stadtbahn, die Straßenbahnen spien immer neue Massen aus, die sich keinem Zuge angeschlossen hatten, auf allen Zugangsstraßen strömten die Proletarier zusammen, um den Geburtstag der Republik zu begehen. Durch die dunklen Baumstämme leuchteten schon von weitem die roten Fahnen, und auch die Blätter hatten zur Feier des Tages ihr schönstes Rot angelegt.

Auf dem Spielplatz standen trotz des kalten Wetters Tausende und hörten die Redner an, die von erhöhten Plätzen sprachen, aber es muß ausgesprochen werden, daß der Platz nicht so gefüllt war, wie wir es bei anderen sonstigen Veranstaltungen gewöhnt sind. Von uns sprachen die Genossen Rabold, Barth und Berger. Die Redner gedachten der Revolution, deren Gedenktag dem Proletariat keinen Anlaß zu restloser Freude gibt. Sie fanden die stürmische Zusicherung der Demonstranten, als sie die Notwendigkeit zum Weiterkämpfen betonten, um das wirkliche Endziel des Proletariats, die sozialistische Republik, zu erreichen.

Nachdem ein Gesangverein die „Internationale“ vorgetragen hatte, zerstreuten sich rasch die Demonstranten und in kurzer Zeit lag der Platz wieder ruhig und menschenstill.

Wittenbergplatz

Die westlichen Vororte Charlottenburg, Schöneberg-Friedenau, Steglitz, Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald usw. hatten sich zu gemeinsamer Demonstration am Wittenbergplatz eingefunden. In großen Zügen, teilweise mit Musikkapellen und roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen kamen die einzelnen Abteilungen anmarschiert. Aber sie füllten nicht ganz den weiten Platz. Es muß ausgesprochen werden, daß wir am Wittenbergplatz schon weit imposantere Demonstrationen erlebt haben. Bedenkt man dabei, daß alle drei Parteien gemeinsam zusammengekommen waren, während bei früheren Demonstrationen die U. S. P. D. allein den Platz füllte, so spricht das nicht eben stark für das Interesse weiter Arbeiterkreise am Gedenktag der Republik.

An verschiedenen Stellen sprachen zu gleicher Zeit die einzelnen Redner und zwar die Genossen Reimann, Brühl und Otto Meier von der U. S. P. D., Breuer und Kuttner von der S. P. D. und ein kommunistischer Redner. Alle Reden bewegten sich um den gleichen Inhalt: den Ernst der gegenwärtigen Situation, das Hervordrängen der Reaktion, die rückläufige Entwicklung seit dem 9. November 1918. Mit Hochrufen auf die Republik und den Sozialismus fand die Kundgebung ihr Ende.

Freudig hervorzuheben ist der geschlossene Anmarsch der Belegschaft der Reichsdruckerei, die in riesigem Zuge, mit einer Musikkapelle an der Spitze, anmarschiert kam. Wären alle Betriebe in gleicher Stärke erschienen, dann hätte der Wittenbergplatz die Massen der Teilnehmer sicher nicht fassen können.

Abends fand für die Genossen von Schöneberg-Friedenau eine gutbesuchte Veranstaltung in der Schulaula Kolonnenstraße statt, die aus musikalischen Vorträgen und einer Ansprache des Genossen Stössinger bestand.

Kaiser-Friedrich-Platz

Schon lange vor Beginn der eigentlichen Feier rückten in langen Zügen die Arbeiter der Betriebe an. Mit Tafeln und Schildern, die die Firma angaben, mit dem leuchtenden Rot der Fahnen und Banner ein buntes Bild an dem kalten, grauen Novembertag. Aus Britz, Tempelhof, Neukölln fanden sich die Genossen ein, der Ortsverein Neukölln der USPD. rückte im langen Zuge an. Rings um die Kirche wurde Aufstellung genommen. Von den Stufen sprachen mehrere Redner, u. a. Lüdemann von der SPD., und Kahmann für die USPD. Mit eindringlichen Worten zeigten sie, was uns die Revolution bringen sollte und was noch zu tun ist. Sie wiesen den Weg, den das Proletariat zur Erreichung der Macht, zu seiner Befreiung zu gehen hat. Mit einem brausenden Hoch auf den Sozialismus schloß die imposante Kundgebung. 2 Kapellen stimmten die Internationale an, in die die Massen brausend einfielen.

Nieder- und Oberschöneweide

Die Demonstrationsversammlung auf dem Marktplatz in Oberschöneweide hatte einen sehr schlechten Besuch aufzuweisen. Die Arbeiter der großen Fabriken in Nieder- und Oberschöneweide, Johannisthal usw. arbeiteten wie an anderen Tagen, und so surrten zu Versammlungsbeginn in den riesigen Fabriken der A. E. G. usw. die Transmissionen, klapperten die Maschinen und blieben die Arbeiter in den Fabriken, als ob es nie einen 9. November gegeben hätte. Es wird wieder, es muß wieder anders werden. — Vor etwa 500 Personen referierten die Genossen Pessier (U. S. P.) und Dr. Lohmann (S. P. D.). Sie schilderten den Leidensweg der Revolution von 1918, die einen politischen Umschwung gebracht und für das Proletariat einen günstigeren Kampfboden zur Erringung weiterer Rechte geschaffen hätte. Einer schweren Zukunft und noch schwereren Kämpfen gehe das in Parteien gespaltene Proletariat entgegen. Die Kämpfe werden das getrennte Proletariat wieder zusammenschmieden. Schärfster Kampf der Reaktion! So müsse die Parole lauten! — In den Fabriken dieses Industriezentrums wurde gehämmert, die Maschinen sangen ihre monotone Weise und die Arbeiter dieser Fabriken blieben am 9. November Sklaven des Unternehmens, Knechte des Kapitals — angeblich aus Protest gegen den Beschluß der Gewerkschaftskommission, der nicht für den ganzen Tag Arbeitsruhe proklamierte.

Spandau

Die Demonstration in Spandau war von zirka 10 000 Personen besucht. Sie wurde eingeleitet durch einen Gesangsvortrag der Vereinigten Arbeitersängervereine in Spandau. Von 2 Stellen sprachen für die USPD. Genosse Löwenstein, für die SPD. Dr. Ostrowski im Sinne der Würdigung des Tages. Beschlossen wurde die Feier mit dem „Tord Folesson“.

Cöpenick

In Cöpenick fand die Demonstration auf dem Marktplatz statt. Vom Balkon eines Hauses sprachen für die S. P. D. Genosse Heusler und für die U. S. P. Genosse Seger. Sie feierten in ihren Worten die Bedeutung des Tages und beendeten die beifällig aufgenommenen Ansprachen mit dem Gelöbnis weiter zu arbeiten, bis die Forderungen der Revolution restlos erfüllt seien.

Was die Reparationskommission will

Aufhebung von Vorzugsrechten der Alliierten

E.E. Paris, 9. November.

Der Temps präzisiert den Zweck der Berliner Reise der Reparationskommission nach Berlin folgendermaßen: Um die Zahlung von 500 Millionen Goldmark am 15. Januar sicherzustellen, hatte das Garantiekomitee eine Vorschußzahlung für den 15. November und eine solche für den 1. Dezember vorgeschrieben. Die erste Zahlung sollte aus den Zolleinnahmen bestritten werden, die zweite aus der Ausfuhrabgabe. Diese Garantievorschüsse sollten 4/5 der halben Goldmilliarde, die am 15. Januar fällig ist, ausmachen. Die Reparationskommission wird sich darüber klar werden, welche Maßnahmen die deutsche Regierung in dieser Richtung ergriffen hat. Sie wird sich ferner mit den Bedingungen für die Kredite befassen, die die deutsche Industrie dem Reiche bewilligen will, ferner mit der Rückwirkung des Kurssturzes der deutschen Mark, mit der Gesundung des deutschen Haushaltes und mit der Schaffung neuer Einnahmequellen zur Erfüllung der Zahlungsbedingungen.

Andererseits ist es wahrscheinlich, daß die Reichsregierung und die deutschen Industriellen die Anwesenheit der Reparationskommission benutzen werden, um gewisse Bedingungen bezüglich der Zahlungsfristen zu stellen, die laut Artikel 248 des Friedensvertrages von der Reparationskommission bewilligt werden können. Dabei wird auch das Vorzugsrecht, das die Alliierten auf gewisse Güter und Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Länder haben, aufgehoben werden.

Die Finanzkatastrophe

Hermes schützt die Spekulation

Es war zu erwarten, daß die Vorschläge unserer Fraktion, die der Finanzkatastrophe des Reiches vorbeugen sollen, auf den Widerstand der Besitzenden stoßen würden. Unverständlich ist jedoch, daß ein Blatt wie die „Vossische Zeitung", das in letzter Zeit sich selbst zu der Anschauung bekannt hat, daß sofort wirksame Maßnahmen gegen die Finanzkatastrophe getroffen werden müssen, die Vorschläge unserer Fraktion, die in der gleichen Richtung gehen, als „unfruchtbare Volksversammlungsrezepte" bezeichnet. Es scheint, als ob der Verfasser dieser Bemerkungen (Dr. Erwin Steinitzer) den Sinn der Ausführungen unseres Redners absolut nicht verstanden hat. Seine Behauptung, die Vorschläge der Unabhängigen Fraktion seien nicht ohne neue Arbeit für die Finanzämter durchzuführen, ist lächerlich, denn der Sinn und der Zweck der Vorschläge unserer Fraktion bewegen sich gerade in der entgegengesetzten Richtung. Das hat hoffentlich Herr Dr. Steinitzer beim Lesen unserer Vorschläge auch verstanden.

Anders ist die Stellungnahme des „Berliner Tageblatt". Es macht die Vorschläge der Unabhängigen Fraktion — allerdings ohne sie zu erwähnen — zu den seinigen. Das Blatt schreibt:

„Was kann den Karren, der mit rasender Geschwindigkeit dem Abgrunde zurollt, aufhalten? Die Hoffnung, daß nur das Ausland uns helfen kann, ist trügerisch. Zunächst müssen wir uns einmal selbst zu helfen versuchen. Dazu gehört **eine möglichst beschleunigte Verabschiedung der Steuergesetze**, die, je länger ihr Inkrafttreten hinausgezögert wird, mehr und mehr an Wert verlieren. Dazu gehört eine ganz wesentliche **steuerliche Erfassung der Valuta- und sonstigen Spekulationsgewinne**, wie sie bereits von der Reichsregierung beschlossen ist. Dazu gehört eine neuerliche, verschärfte Ausfuhrkontrolle, um dem Ausverkauf vorzubeugen, und eine beträchtliche, **allgemeine Heraufsetzung der Ausfuhrabgaben**. Dazu gehört, vor allem, eine Kontrollierung und Nutzbarmachung der **Auslandsguthaben**. Dazu gehört, so oder so, eine **Erfassung der Sachwerte**."

Nachdem das Blatt die Ungerechtigkeit des jetzigen Zustandes: der rücksichtslosen Einziehung der Einkommensteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern, der Verzögerung der Einziehung und der Verminderung des Steuerbetrages bei den Besitzenden, kritisiert hat, stellt es richtig fest, daß die Industrie die drohende Erfassung der Goldwerte durch die Kredithilfe zu verhindern sucht.
sucht hat.

„Aber sie ist dabei etwas aus der Rolle gefallen. Sie stellt sich gewissermaßen außerhalb des Staates, **diktiert ihm wie ein kaltherziger Gläubiger ihre Bedingungen** und, statt durch einen Eintritt ihrer politischen Exponenten in die Regierung die Verantwortung für die Staatsgeschäfte mit zu übernehmen, proklamiert sie eine Art **industrieller Nebenregierung**. Das ist ohne weiteres abzulehnen. Die Kredithilfe, darüber darf man die Herren nicht im Zweifel lassen, ist nicht etwa ein Geschenk, eine Gefälligkeit, sondern ist lediglich eine andere Form einer, meinetwegen vorausbezahlter, Steuerleistung, an der die Industrie selbst das größte Interesse hat, um den staatswirtschaftlichen Organismus aufrechtzuerhalten und **sich selbst vor stärkeren Eingriffen in ihren Vermögensbestand zu sichern**."

*

Inzwischen hat Herr Hermes die erste Tat mit eigener Verantwortung vollbracht. Unser Redner hat am Dienstag bereits auf das schärfste kritisiert, daß er die Besteuerung des Börsenverkehrs unter den Grenzen gehalten hat, zu denen ihn der Reichstag ermächtigte. Die Mitteilungen, die jetzt über die Verordnung von Hermes veröffentlicht werden, lassen sein Verhalten in noch schlimmerem Licht erscheinen. Herr Hermes hat sich nicht nur vor den Börsenspekulanten und den Bankkapitalisten gebeugt — wie er sich bisher stets beugte vor den Agrariern —, indem er gegen den klaren Willen des Reichstags, trotz des ungeheuren Umfangs der Spekulation an der Börse und der Riesengewinne durch das Hinauftreiben der ausländischen Devisen, die Sätze ermäßigt hat, sondern er hat auch angeordnet, daß die Verordnung über die Besteuerung erst am 17., also in einer Woche in Kraft tritt. Der Reichstag brauchte einen Tag zur Beratung, Herr Hermes sieben Tage zum Inkraftsetzen der Verordnung. Zur Beurteilung dafür genügen folgende Tatsachen: Im Steuerausschuß des Reichstages ist von den Rednern beider sozialistischen Parteien und dem Redner des Zentrums die Forderung aufgestellt worden, daß die erhöhten Börsensteuern sofort in Kraft treten. Man sprach im Ausschuß sogar scherzhaft davon, dieses Gesetz müsse vier Wochen vor der Verkündung in Kraft treten. Trotzdem hat Herr Hermes dem zuwidergehandelt. Seine erste Tat ist die einer Verbeugung vor den Börsenspekulanten und den Bankkapitalisten. Was sagt das Zentrum, das immer gegen die Börsenspekulationen gekämpft hat, zu dieser Tat seines Schützlings?

Die beiden Stockwerke

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlichte gestern morgen in den Spalten, die der unmittelbaren Oberaufsicht des Herrn Theodor Wolff unterstehen, eine ihm aus parlamentarischen Kreisen zugegangene Warnung an Journalisten und Politiker. Sie sollten sich nicht mit der Reparationskommission einlassen. Es müßte dem Zustand ein Ende bereitet werden, der es jedem Fremden gestatte, zur Verteidigung einer Deutschland meistens schädlichen These sich auf die oft unkontrollierten und unkontrollierbaren Mitteilungen deutscher Persönlichkeiten zu beziehen.

Diese Warnung konnte doch nur den Sinn haben, daß niemand den Vertretern der Entente gegenüber Meinungen äußern solle, die den bei diesen vorausgesetzten Glauben an die Leistungsunfähigkeit Deutschlands zu erschüttern imstande seien. Man darf die Reparationskommission nicht auf den Gedanken bringen, daß Deutschland noch nicht alle Möglichkeiten zur Erfüllung seiner Verpflichtungen erschöpft habe.

Nun ist es an sich eine Lächerlichkeit, anzunehmen, daß die Sachverständigen der Alliierten auf solche privaten Informationen angewiesen seien. Sie werden ohnehin wissen, daß nach einer entsprechenden steuerlichen Heranziehung der Sachwerte die Finanzlage Deutschlands ein anderes Gesicht bekommen würde. Auf jeden Fall aber hat die Mahnung des „Berliner Tageblatts" nicht gewirkt, denn gestern abend konnten wir folgendes lesen:

Diese aufkeimende Erkenntnis (von der Unmöglichkeit einer restlosen Erfüllung des Ultimatums) würde aber empfindlich zurückgedrängt werden, und diejenigen Politiker in den Ententeländern, die noch immer auf der vollen Erfüllung der Reparationsverpflichtungen beharren, würden den Revisionsfreunden gegenüber leichtes Spiel haben, wenn Deutschland aus irgendeiner aktiven oder passiven Katastrophenpolitik oder Katastrophenstimmung heraus nicht energisch genug versuchen würde, wenigstens das Mögliche in der Innehaltung seiner Verpflichtungen zu tun. Das Geschwätz von der bevorstehenden oder nicht mehr zu vermeidenden Insolvenzerklärung Deutschlands gegenüber der Entente muß endlich aufhören, es hat dem Markkurs in der letzten Zeit schwer genug geschadet und ist in erster Linie daran schuld gewesen, wenn ein Teil der ausländischen Markbesitzer ängstlich wurde und die Markbaisse durch seine Verkäufe noch verschlimmerte.

Und wo fanden wir diese „Information für die Reparationskommission"? Nun, im „Berliner Tageblatt". Freilich im Handelsteil.

Rückschlag auf dem Devisenmarkt

Die Markentwertung ist seit Dienstag nachmittag zum Stillstand gekommen. An der gestrigen Börse erlitten die ausländischen Devisen starke Rückschläge. Der Dollar ging von über 300 auf etwa 250 zurück, das englische Pfund von 1180 auf 980. Auch die Ostdevisen wurden wesentlich niedriger bewertet. Der Kursrückgang für ausländische Zahlungsmittel machte sich auch auf dem Markte für Industriepapiere bemerkbar, deren Notierungen scharf zurückgingen.

Die Ursachen für diese plötzliche Wendung werden auf Gerüchte zurückgeführt, wonach die Reparationskommission, die jetzt in Berlin erwartet wird, mit der Reichsregierung wegen einer Stundung der Zahlungen verhandeln wolle. Das ist natürlich Unsinn, denn nach den Ausführungen der maßgebenden französischen Finanzpolitiker soll die Reparationskommission dafür sorgen, daß die wirklich zahlungsfähigen Kreise in Deutschland zur Erfüllung der von ihnen bisher versäumten Pflichten herangezogen werden. Der wahre Grund für den Stimmungswechsel an der Börse ist wohl darin zu suchen, daß die Spekulation in der Ruinierung der Mark weit über das Maß hinaus gegangen ist, das mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland begründet werden kann. Für die nächsten Tage ist mit einer Fortsetzung der rückläufigen Bewegung der Devisenkurse zu rechnen, da die schwächeren Kreise der Spekulation bereits mit Angstverkäufen auf den Plan treten.

Beruhigungspillen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 9. November.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden in ihrem heutigen Abendblatt, daß demnächst im bayerischen Landtag eine große politische Aussprache stattfindet. Den Ministerrat hätte in den letzten Tagen die Angelegenheit, die dabei erörtert werde, bereits beschäftigt, darunter auch **die Kundgebung des früheren bayerischen Kronprinzen**. Die von Dr. Pichler neuerdings aufgenommene Angelegenheit der Schaffung des Amts eines Staatspräsidenten findet, wie das Blatt zuverlässig gehört haben will, in der Bayerischen Volkspartei keine breitere Unterstützung. Im Ministerrat habe man andere Sorgen für weit dringlicher gehalten und sei nicht geneigt, gerade diese Frage jetzt weiter zu verfolgen. Der Wille zur ruhigen Fortentwicklung auf dem beschrittenen Wege werde die Signatur der Aussprache bei den Regierungsparteien sein.

Diese Beruhigungsmeldung entbehrt nach unseren Informationen jeder Grundlage. **Die Bayerische Volkspartei hält an der Forderung des bayerischen Staatspräsidenten fest, in dem sie den Platzhalter für den künftigen König sieht.** Bei der Zusammensetzung des bayerischen Parlaments ist auch nicht zu erwarten, daß Rupprecht wegen seiner **Kundgebung zur Ordnung** gerufen wird. Die bayerischen Klerikalen und Nationalisten wollen die Monarchie und jubeln ihrem Rupprecht gern zu, wenn er den Thron besteigt. Es handelt sich nicht darum, daß man in Bayern die Monarchie erstrebt, sondern nur darum, wann dieses erstrebte Ziel verwirklicht werden kann.

Brandler entflohen

Der zu Festungshaft verurteilte Kommunist Brandler hat einen ihm gewährten Urlaub benutzt, um sich der weiteren Abbüßung seiner Strafe durch die Flucht zu entziehen. Es wird behauptet daß er bereits seit zwei Tagen in Moskau angekommen sei, eine Nachricht, der die Bestätigung allerdings noch fehlt.

Die Kommunisten werden diese Flucht sicherlich als eine Mannestat und als einen Schlag gegen die bürgerliche Justiz feiern, die Brandler verurteilt hat und in Gewahrsam hielt, sich aber nun doch von ihm übertölpeln ließ. Die „Rote Fahne" schlägt schon die ersten Töne zur Verherrlichung der Flucht an.

Wir haben leider auch diesmal eine andere Meinung von der Sache als die „Rote Fahne". Erstens darum, weil der Justiz mit der Flucht Brandlers kein Schaden zugefügt worden ist. Im Gegenteil: den Strafvollstreckungsbehörden wird das Verschwinden des Urlaubers nur ein — vielleicht willkommener — Grund sein, die anderen gefangenen Kommunisten um so strenger zu halten. Geschädigt sind somit nur die Gefährten von Brandler, seine eigenen Parteigenossen, als deren Führer er zwar gelten, deren Opfer für die Sache er aber nicht mit ihnen gemeinsam tragen will.

Damit wird ein neuer Strich zum Charakterbild dieses Brandler hinzugefügt, der durchaus zu den Zügen paßt, die man bisher an ihm erlebt hat. Dasselbe treulose und jämmerliche Verhalten zeichnete den Mann bei jener Gerichtsverhandlung aus, die zur Verurteilung zur Festungshaft geführt hat. Das verhältnismäßig milde Urteil wußte er zu erlangen, indem er durch die Art der Verteidigung jede Verantwortung für sein Handeln als Parteivorsitzender feige von sich abstreifte. Schon damals hat sich Brandler als ein charakterloser Wicht entpuppt und seine Partei rücksichtslos bloßgestellt und sie — zum mindesten dem Spottgelächter ihrer Gegner preisgegeben.

Was dieser typischen kommunistischen Führergestalt fehlt, das ist das einfache, für jeden Arbeiter selbstverständliche Bewußtsein der Solidarität mit seinesgleichen. In diesem Falle mit den anderen kommunistischen Strafgefangenen, die noch dazu durch die Schuld der irrsinnigen Taktik der von Brandler geführten Zentrale der K. P. D. in ihre Lage gebracht worden sind. Und weil wir Solidarität in jeder Situation auch von den Führern einer Bewegung verlangen müssen, so ist das ein weiterer Grund für uns, um in der Beurteilung des Falles von der „Roten Fahne" abzuweichen. Während sich unsere Genossen in den Parlamenten immer wieder um eine Amnestie für die Opfer des verrückten Märzputsches bemühen, sorgt Brandler für seine eigene „Amnestierung" und macht damit die Strafbefreiung der anderen erst recht aussichtslos. Sie bleiben der Rache der Justiz für Brandlers Tat überantwortet.

Neuwahlen in Portugal. Durch Dekret wurde die Auflösung der portugiesischen Kammer verfügt. Die Neuwahlen wurden auf den 11. Dezember festgesetzt.

Demokratisches Geplänkel

Dieser Tage beginnt in Bremen der Parteitag der Demokraten. Das Vorspiel bilden eine Reihe von Kundgebungen, an denen die Parteileitung und die Reichstagsfraktion keine reine Freude haben werden. Es äußert sich im Lande eine starke Unzufriedenheit über die Politik dieser Instanzen.

Besonders scharf ist man in einer Mitgliederversammlung des Demokratischen Vereins zu Frankfurt a. Main ins Zeug gegangen. Den Oberbonzen müssen die Ohren geklungen haben, denn da gab es keinen Redner, der nicht seinem lebhaftesten Mißfallen über den Kurs, der in den letzten Wochen gesteuert worden ist, Ausdruck gegeben hätte. Ein paar Stichproben seien angeführt.

Der Landtagsabgeordnete Goll verlangte: „Wir müssen auf dem Parteitag in Bremen entschieden zum Ausdruck bringen, daß wir und weite Kreise der Demokratie mit der gegenwärtigen Politik der Reichstagsfraktion nicht zufrieden sind."

Der Pfarrer Klein beschränkte sich nicht auf die Klage über die Leitung. „Es gab eine Zeit", rief er aus, „wo man sich mit Freuden und voll großer Hoffnungen Demokrat nennen konnte. Stolz und Hoffnungen hat uns die Politik der Fraktion ausgetrieben. Aber in Bremen ist unsere Aufgabe nicht bloß, die Leitung zu reformieren, sondern die Partei selbst muß sich reformieren.

Stadtv. Schütz: Die Herren Petersen, Koch, Schiffer, Keinath machen eine Politik, die wir nicht mehr verstehen, die nicht mehr demokratisch ist und die wir nicht mehr mitmachen können. In den Massen lebt der ehrliche demokratische Wille, den wir in der Parteileitung vermissen. Was jetzt aus der Demokratischen Partei ausscheidet, sind nicht mehr Mitläufer, sondern ehrlich überzeugte Demokraten.

Aehnlich äußerte sich Redakteur Feiler: Es steht so, daß viele überzeugte Demokraten es nur noch schwer mit ihrer Ehre vereinigen können, in der Demokratischen Partei zu bleiben. In Nürnberg ist eine prächtige demokratische Stimmung unter den Delegierten gewesen, aber unsere Führer sind nach Berlin gefahren und haben die in Nürnberg verurteilte Politik der Annäherung an die Deutsche Volkspartei ruhig fortgesetzt. Das darf sich nach Bremen nicht wiederholen, auch auf die Gefahr hin, daß einzelne Führer ihre Mandate niederlegen.

Wenn weiter der Redakteur Cohnstädt meinte, daß die Haltung, die die Reichstagsfraktion im Zusammenhang mit der oberschlesischen Frage und der jüngsten Ministerkrisis eingenommen habe, wegen ihrer Kompliziertheit im Lande vielfach nicht begriffen worden sei, so gewährt es ihm vielleicht einen gewissen Trost, zu erfahren, daß selbst demokratische Mitglieder des Reichstags interessierten Fragern zum Schluß keine Auskunft mehr über die eigentlichen Absichten ihrer Freunde und Führer zu geben vermochten.

In Frankfurt wurde eine sehr energische Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Haltung der Fraktion ist als ein in der Hauptsache durch das Entgegenkommen gegen die Deutsche Volkspartei beeinflußtes Abweichen von einer eigenen demokratischen und sachlichen Politik abzulehnen und verdient als ein Zeichen der Schwäche und mangelnder Zielsicherheit schärfste Kritik."

Einen ähnlich entschiedenen Ton schlägt die „Berliner Volkszeitung" an. Sie fordert vom Parteitag klare Richtlinien, deren Nichtbeachtung den rechten Flügel in der Fraktion nötigen müßte, seine Reichstagsmandate zur Verfügung der Partei zu stellen. Es dürfe in Bremen während der Vorstandswahl bei aller menschlichen Achtung vor diesem oder jenem Parteiführer nicht die persönliche Sympathie, sondern nur die sachliche Notwendigkeit eine Rolle spielen.

Das alles sieht wie Krisenstimmung aus, und der Unbefangene könnte annehmen, daß es in Bremen zu einem tollen Krach kommen werde. Wer aber die Geschichte der Demokraten und ihrer freisinnigen Vorläufer kennt, weiß, daß sich schließlich alles zum Guten wendet. Der Herr Senator Petersen wird eine Rede halten, die eben wegen ihrer Inhaltlosigkeit beruhigend wirkt. Hier und da wird noch einer grollen, aber am Ende wird man sich schon deshalb wieder vertragen, weil man viel zu schwach ist, um sich den Luxus einer Auseinandersetzung zu leisten, die Folgen haben könnte. Eine Partei, die im Sterben liegt, beschwört keine inneren Krisen mehr herauf.

Die Schließung der Benz-Werke

Mannheim, 9. November.

In einer vom Landeskommissar als Demobilmachungskommissar veranlaßten Besprechung zwischen der Direktion der Benz-Werke und den Arbeitervertretern wurden die Bedingungen erörtert, welche die Firma Benz für die Wiederaufnahme des Betriebes stellt. Die Direktion verlangt Garantien dafür, daß künftig Ruhe und Ordnung in den Betrieben herrschen und die persönliche Freiheit der Betriebsbeamten gewährleistet wird. Sie hält es für unerläßlich, daß diejenigen Arbeiter, welche wiederholt die Ruhe und Ordnung in den Betrieben gestört und Anlaß zu Demonstrationen gegeben haben, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen werden. Eine heute stattfindende Versammlung der Arbeiter wird zu diesen Bedingungen Stellung nehmen.

*

Die Direktion der Benz-Werke greift also zu dem alten Scharfmachermittel der Maßregelung. Angeblich, um Ruhe und Ordnung in den Betrieb zu bringen, in Wirklichkeit wohl, um unbequeme Arbeiter loszuwerden. Man kennt allgemach die Klage der Herren Unternehmer über Beschränkung der persönlichen Freiheit. Darunter ist die energische Wahrnehmung der Rechte der Arbeiter durch die Betriebsräte oder die sonstigen Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu verstehen. Das drückt die Herrschaften, und ihr ganzes Streben geht daraufhin, sich dieser unbequemen Mitherrschaft zu entledigen. Die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß ihnen das nicht gelingt.

Beschlüsse der Botschafterkonferenz

EE. Paris, 9. November.

Die Botschafterkonferenz beschloß in ihrer heutigen Sitzung, Oesterreich einzuladen, so rasch wie möglich das Protokoll von Venedig zu ratifizieren.

Sodann nahm die Botschafterkonferenz einen Brief der ungarischen Regierung zur Kenntnis, worin erklärt wird, daß Ungarn der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom Februar 1920 und vom April 1921 sich fügen wolle, wodurch die Wiederherstellung der Habsburger verboten wird. Die ungarische Regierung erklärt, daß sie vor Lösung der Frage der Wahl eines **neuen Königs mit den Mächten in Verbindung treten wolle, um deren Zustimmung zu erhalten.** Ferner wird die ungarische Regierung ein neues Gesetz einführen, um die Propaganda zugunsten der Habsburger oder eines anderen Thronkandidaten wirksam zu dämpfen. Die Botschafterkonferenz gab der Meinung Ausdruck, daß diese Erklärung den alliierten Mächten Genugtuung verschaffe.

Allumfassende oder halbierte Internationale?

Von Georg Ledebour

Unter der Ueberschrift: „Welche Tendenz hat in Paris gesiegt?“ versucht der „Vorwärts“ in der Morgennummer vom 9. November den Nachweis zu erbringen, daß der französische Sozialistenkongreß sich für die von Grumbach und Renaudel vertretenen Vorschläge zur Regelung der internationalen Frage im Gegensatz zu den von mir vertretenen entschieden habe. Das rechtssozialistische Blatt macht sich die Sache außerordentlich leicht, indem es meiner eingehenden Darlegung der Verhandlungen die nackte Behauptung entgegensetzt, der Kongreß habe sich auf den Standpunkt Grumbach-Renaudel gestellt, ohne dafür auch nur das geringste sachliche Beweismaterial zu erbringen.

Dieser Verwirrungsversuch läßt sich leicht dadurch abtun, daß man die einzelnen Bestimmungen der rivalisierenden Vorschläge einander gegenüberstellt.

Was wollten Grumbach und Renaudel ursprünglich? In Wiederholung des von Tom Shaw in London und abermals in Paris vorgebrachten Vorschlages empfahlen sie, eine Einladung zu einer internationalen Konferenz ergehen zu lassen an alle Einzelparteien der sozialistischen Bewegung, um ein internationales Aktionskomitee zu gründen. Sie gingen nur insofern über Tom Shaw hinaus, als sie meinten, man könne ja auch die kommunistischen Parteien zu einer solchen Konferenz einladen, obgleich aus ihren Darlegungen hervorging, daß sie nicht entfernt daran glaubten, die Kommunisten würden dieser Einladung Folge leisten.

Demgegenüber hob ich hervor, daß eine solche Konferenz nur auf die Galvanisierung der verkümmernden zweiten Internationale herauskommen würde, selbst dann, wenn die der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien sich daran beteiligen würden, was wir aber bekanntlich bereits in London abgelehnt haben. Auch die italienische Partei würde ihrer ganzen prinzipiellen Stellung wegen unter keinen Umständen sich an einer solchen Konferenz beteiligen können. Was dabei herauskommen könnte, wäre also nur wieder eine halbierte Internationale, die die Funktionen einer allumfassenden Internationale ebensowenig ausüben könnte wie die jetzigen internationalen Rumpforganisationen, die sogenannte zweite oder die sogenannte dritte.

Demgegenüber hatte ich erklärt, ich würde das Bureau der J. A. S. P. in Wien, dem ich als Vertreter Deutschlands angehöre, ersuchen, eine Einladung zu einer Konferenz an die bestehenden internationalen Gruppenorganisationen ergehen zu lassen, also an das Bureau in Brüssel und das Bureau in Moskau.

Der Unterschied gegen den Vorschlag Grumbach-Renaudel liegt klar auf der Hand. Die Einladung an Einzelorganisationen zu einer internationalen Konferenz kann gar nicht von solchen Organisationen befolgt werden, die bereits einer internationalen Organisation angehören, während mein Vorschlag dem tatsächlichen Zustand vollkommen Rechnung trägt, das Gefüge der bestehenden internationalen Organisationen nicht antastet und die Einzelorganisationen nicht zu einer Disziplinwidrigkeit gegen ihre eigene Internationale zu verleiten sucht.

Als im Verlauf der Verhandlungen auf dem Kongreß von einem „Antrag Ledebour“ gesprochen wurde, habe ich übrigens, als ich zum drittenmal das Wort nahm, noch ausdrücklich betont, daß ich dem Kongreß keinen Antrag unterbreitet habe, denn dazu hätte ich nicht das Recht, sondern nur angekündigt hätte, was ich selbst als Mitglied des Bureaus der J. A. S. P. tun würde. Sollte jedoch der Kongreß in seiner Beschlußfassung sich auf den Boden der von mir vertretenen Auffassung stellen, so würde mir das sehr willkommen sein.

Das ist denn tatsächlich auch geschehen. Wenn der „Vorwärts“ die von mir angeführte Zustimmungserklärung Longuets durch die Bemerkung zu bemängeln sucht, Longuet sei eben Partei, da er auf meinem Standpunkt stehe, so hat er wohl übersehen, daß schließlich sogar Renaudel mir zugestimmt hat. Außerdem will ich jetzt noch mitteilen: als ich am Morgen des 1. November das Kongreßlokal betrat, sagten mir zwei andere französische Genossen: „Wir haben in der Kommission Ihren Vorschlag einstimmig angenommen.“

Die Kommissionsresolution wurde, wie mir Longuet sagte, von ihm selbst mit Grumbach zusammen ausgearbeitet. Darin hat der „Vorwärts“ allerdings recht, daß sie den Charakter einer Kompromißresolution trägt, weil sie nicht nur einige andere von Grumbach gegebene vernünftige Anregungen einschließt, sondern auch der englischen Labour-Party nach Möglichkeit entgegenzukommen sucht. Entscheidend für die Tendenz der Resolution ist aber, daß die Initiative zur Einleitung der Konferenz dem Bureau der J. A. S. P. in Wien überlassen bleibt, und daß die Einladung an die Bureaus der internationalen Zentralorganisation in Brüssel und Moskau, nicht aber an die sozialistischen oder kommunistischen Einzelparteien ergehen sollen. Mein Vorschlag wurde berechtigterweise nur noch dahin ergänzt, daß auch die nicht einer der drei Gruppenorganisationen angeschlossenen Parteien eingeladen werden sollen; dafür kommt hauptsächlich die italienische Partei in Betracht.

Der „Vorwärts“ kommt dann auch noch mit der albernen Verdächtigung heraus, Longuet und ich hätten eine Verschleppungstaktik betrieben. Das wird am besten widerlegt durch die Tatsache, daß ich sofort nach meiner Rückkehr den Entwurf einer Einladung zu der geplanten internationalen Konferenz nach Wien gesandt und um dessen schleunige Erledigung gebeten habe. Die in dem Entwurf formulierten Voraussetzungen für die Beschickung der Konferenz ermöglichen einer jeden Organisation die Beteiligung, ohne daß dadurch ihre programmatische und organisatorische Selbständigkeit beeinträchtigt wird; die volle Gleichberechtigung ist allen Teilnehmern gewahrt. Die Einladung geht nur aus von der für jeden klassenbewußten Proletarier eigentlich selbstverständlichen Anerkennung der Tatsache, daß für weltumfassende gemeinsame Aktionen eine gemeinsame Verständigung nötig ist. Zweck der Konferenz soll sein, durch gemeinsame Beratungen auf diese Verständigung hinzuarbeiten.

Auf diesem Wege allein schaffen wir eine allumfassende aktionsfähige Internationale. Mit einer halbierten Internationale, wie sie noch immer in den „Vorwärts“-Köpfen spukt, ist uns nicht gedient.

Das Problem der internationalen Einigung gestaltet sich für uns völlig parallel dem der sozialistischen Einigung in Deutschland. Wie wir Unabhängigen Sozialdemokraten hier die Wiedervereinigung der proletarischen Parteien durch gemeinsame Kämpfe und Aktionen aller Art zu fördern suchen, so hat die J. A. S. P. diese Aufgabe auf internationalem Gebiet zu erfüllen. Sie erhebt nicht den Anspruch darauf, eine Internationale mit irgendeinem arithmetischen Beiwort zu sein; sie ist die Vorhut der großen internationalen Proletarierarmee der Zukunft. Diese Vorkämpferaufgaben erfüllen wir am sichersten dadurch, daß wir unsere volle Selbständigkeit bis zum Zusammenschluß aller bewahren. Ein französischer Genosse machte in Paris die treffende Bemerkung: „Die ersehnte Einigung wird vielleicht aus einem dreigeteilten, als aus einem zweigeteilten Proletariat erwachsen!“ Um ihren Zweck zu erfüllen, muß sie aber auch sich vollziehen im Zeichen des revolutionären proletarischen Klassenkampfes. Das überall, auch in Deutschland, der Arbeiterschaft ins Bewußtsein zu hämmern, betrachten wir Unabhängigen Sozialdemokraten als unsere schönste Aufgabe. Ist uns das gelungen, dann ist die Zeit gekommen für die endgültige Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung und damit auch die Zeit für den endgültigen Sieg des Sozialismus.

Abgelehnter Amnestieantrag

Mit Hilfe der Rechtssozialisten

Der Rechtsausschuß des Reichstags beriet heute den Entwurf eines Amnestiegesetzes. Dr. Herzfeld (Komm.) begründete den Antrag mit den harten Urteilen, die besonders in Mitteldeutschland im Anschluß an die Märzunruhen und im Jahre 1919 in Bayern gefällt worden sind. Er richtete die Frage an den Reichsjustizminister, was dieser zu tun gedenke.

Reichsjustizminister Dr. **Radbruch:** Eine Amnestie, die nicht nach rechts und nach links Licht und Schatten bringt, ist undenkbar. Für die erste Gruppe, die bayerischen Verurteilten, eine Reichsamnestie zu geben, ist bedenklich. Das wäre ein **Eingriff in die Justizhoheit Bayerns.** Die zweite Gruppe, die nach dem kommunistischen Putsch Verurteilten, wurde in weitgehendem Maße einzeln begnadigt. Es ist kein Anlaß, mit einer Amnestie einzugreifen. Bis zum 28. Oktober 1921 sind 1244 Urteile der außerordentlichen Gerichte geprüft worden. In 716 Fällen ist Gnade erwiesen, in 528 Fällen sind Gnadenerweise abgelehnt worden. Auf 460 Zuchthausurteile ist in 247 Fällen Gnade erwiesen, in 203 Fällen der Gnadenerweis abgelehnt worden.

Die Urteile der außerordentlichen Gerichte

sollen in periodischen Abständen immer von neuem nachgeprüft werden.

Bayerischer Bevollmächtigter **v. Rüßlein:** In Bayern ist bereits in weitgehendem Maße Gnade erwiesen worden. Wegen Beteiligung an der Rätebewegung sind 2209 Verurteilungen erfolgt, davon 65 zu Zuchthaus, 1737 zu Gefängnis und 407 zu Festung. Von den 2209 Verurteilten haben „nur“ 1038 ihre Strafe voll verbüßt. **200 befinden sich noch in Gefängnissen und Zuchthäusern.** (Zuruf Dr. Rosenfeld: **Noch nach fast drei Jahren!**) Von den 407 zu Festungshaft Verurteilten haben nur 59 die Strafe voll verbüßt, 63 befinden sich noch auf der Festung. 285 wurde ein Gnadenbeweis erteilt.

Genosse **Rosenfeld:** Die **Notwendigkeit einer Amnestie** bedarf für uns keiner näheren Begründung. Solange die Kappisten frei herumlaufen, revolutionäre Arbeiter aber hinter Gefängnismauern schmachten, entsteht

ein unerträglicher Zustand,

dem durch eine umfassende Amnestie ein Ende gemacht werden muß. Die bayerischen Zahlen sprechen durchaus nicht für eine humane Behandlung. Die politischen „Verbrecher“ aus der Rätezeit haben wahrhaftig lange genug gesessen. Toller wird noch immer festgehalten. Solange noch Männer sitzen, deren politischen Charakter niemand antasten kann, ist der klare Beweis geliefert, daß Bayern mit äußerster Härte vorgeht. Die Erklärung des Reichsjustizministers ist sehr bedauerlich. Er hat nicht anders gesprochen wie seine Vorgänger. Auch sie pflegten schon, wenn man vom Reich Gnade verlangte, auf die Länder zu verweisen. Auch sie wollten von Amnestie nichts wissen, sondern verwiesen auf Gnade. Sogar vor einem Eingriff in die Justizhoheit Bayerns warnt der Justizminister. Er hat sich damit

den Dank Bayerns

verdient. Früher brachte er selbst Klagen über schlechte Behandlung der bayerischen Verurteilten vor. Jetzt kann er durch Einreichung eines Amnestiegesetzes diesem Mißstand ein Ende machen, **und nun tut er nichts.** Die aus Anlaß des Märzputsches Verurteilten wollen nicht Gnade, sondern Amnestie. Wir wissen, wie in manchen Ländern Gnade geübt wird. Wenn die politischen Gefangenen auf diese Gnade warten müssen, dann haben sie keine Aussicht, bald die Freiheit wieder zu erlangen.

Abg. **Schmidt-Meißen** (Soz.): In Mitteldeutschland sind

furchtbare Urteile

gefällt worden. **Die bayerischen Verurteilten sitzen schon fast drei Jahre im Gefängnis.** Wir würden für einen Antrag stimmen, der den politischen Verurteilten der bayerischen Rätezeit Amnestie gewährt. (Zuruf Dr. Rosenfeld: **Und was sagt Ihr Minister?!**)

Die bürgerlichen Parteien hielten es nicht einmal für notwendig, sich zu dem Antrage auch nur zu äußern. Und so wird der Antrag auf Gewährung einer politischen Amnestie mit allen Stimmen, einschließlich aller Sozialdemokraten, auch derjenigen, die sich eben noch für eine bayerische Amnestie ausgesprochen haben, abgelehnt. Nur die vier Unabhängigen und der Vertreter der kommunistischen Fraktion stimmten für die Amnestie.

Die Arbeitslosigkeit

Mangel an Facharbeitern

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ verbreitet genaue Angaben über den Stand der Arbeitslosigkeit nach den Berichten der Gewerkschaften. Sie zeigen dasselbe Bild wie die Berichte des Reichsarbeitsministeriums. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich zweifellos gebessert, aber diese Besserung bewegt sich auf schwankendem Boden, und dahinter lauert ein erneuter Rückgang des Beschäftigungsgrades. Darauf haben wir mehrfach hingewiesen, und unsere Beurteilung der Lage wird sowohl vom Reichsarbeitsministerium wie vom „Nachrichtendienst“ geteilt. Dieser berichtet über die Entwicklung am Arbeitsmarkt folgendes:

„Auf je 100 Gewerkschaftsmitglieder wurden für August d. J. 2,2 Arbeitslose gemeldet. Die Augustzahlen der Vorjahre zeigen demgegenüber folgendes Bild: 1908: 2,8 v. H., 1909: 2,3 v. H., 1913: 2,8 v. H., 1919: 2,6 v. H., 1920: 5,2 v. H., 1910 bis 1912: 1,8, 1,9 und 1,7 v. H. Günstiger waren also nur die Augustzahlen 1910 bis 1912. Die Kriegsjahre 1914 bis 1918 scheiden als anormal aus. Neuere Gesamtzahlen stehen im Augenblick nicht zur Verfügung, jedoch zeigen neuere Veröffentlichungen einzelner Verbände, namentlich größerer mit gut ausgebauter Statistik, **eine weiter fortschreitende Besserung des Arbeitsmarktes.** Die Kurzarbeit nimmt gleichfalls stark ab, teils wird sogar sich mehrende Ueberarbeit gemeldet. So betrug die Zahl der arbeitslosen Mitglieder bei folgenden Verbänden:

	Ende August	Ende Sept.
Metallarbeiter	2,26 v. H.	1,51 v. H.
Holzarbeiter	2,94 v. H.	1,87 v. H.
Bauarbeiter	2,24 v. H.	1,42 v. H.
Bekleidungsarbeiter	2,9 v. H.	2,4 v. H.

Auch für Oktober hat, wie wir hinzufügen können, die Besserung angehalten, so daß die Zahl der Arbeitslosen nicht mehr höher ist als zu normalen Zeiten. Die Art der Arbeitslosen aber läßt immer neue besondere Züge erkennen. Jetzt macht der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ darauf aufmerksam, daß vorwiegend ungelernte Kräfte auf der Straße liegen, während auf den Arbeitsnachweisen der Mangel an Facharbeitern immer größer wird. Dazu schreibt die Korrespondenz:

„Es rächt sich der **Ausfall an gewerblichem Nachwuchs,** veranlaßt durch die Kriegszeit. Die Lehrlingsausbildung war schon vor dem Krieg, abgesehen von wenigen Ausnahmen, im höchsten Grade vernachlässigt worden, nicht der bloßen Zahl nach, aber in ihren Erfolgen. Der Krieg riß die Lernenden vollends aus der Lehre. In den Nachkriegsjahren wurde das Manko nicht ausgeglichen, weil sich verzopfter Innungsgeist und **die Indolenz der Großindustrie** entgegen dem Drängen der Gewerkschaften nicht zu großzügigen Reformen verstehen konnten. Die deutsche Wirtschaft muß um ihrer Zukunft willen einen Ausweg finden, wie sie auch Wege finden muß, um den Arbeitslosen, die infolge ihrer Nichteignung von der Industrie nicht aufgenommen werden können, diese Eignung beizubringen. Umschulung und Anlernen müssen mehr als ein schönes Schlagwort sein. Es gibt Mittel und Wege, wenn die Industrie will.“

Versuche zum Umschulen und Anlernen von Arbeitskräften sind bereits begonnen worden, aber in einer Art, in der sie bisher erfolgt sind, erscheinen sie nur als nette Spielerei. Es wäre nötig, daß das Arbeitsministerium mit den Gewerkschaften gemeinsam ernsthaft an diese Abreit ginge. Und zwar bald!

Protest gegen die Neubesoldung

Entschließung der Hamburger Postbeamten

Der Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Bezirksverein Hamburg, hat folgende Entschließung gefaßt:

„Die am 4. November versammelten Bezirks- und Kreisvereinsvorstände sowie die Vertrauensmänner des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten Groß-Hamburgs erheben schärfsten **Einspruch gegen die in der geplanten Besoldungsregelung hervortretende unsoziale und ungerechte Behandlung.** Der jetzt vorgesehene Unterschied zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen ist in keinen Einklang mit den sozialen Bestrebungen der Jetztzeit zu bringen. Die außerdem für alle Besoldungsgruppen gleichmäßig in Aussicht genommenen Kinderzulagen können auch nicht annähernd als Ausgleich angesehen werden, weil sie nur den Beamten mit unterhaltspflichtigen Kindern zugute kommen und auf die Pension ohne Einfluß sind. Die Auswirkung auf uns tritt besonders scharf hervor, weil noch 55 Prozent ungerechtfertigterweise in der Besoldungsgruppe VI und zum Teil sogar noch in V zurückgehalten werden, während sie nach Maßgabe der Einstufungsgrundsätze schon längst in die höheren Besoldungsgruppen hätten eingereiht werden müssen, in denen sich heute die gleichartigen Beamten anderer Verwaltungen bereits befinden. Es ist schlechterdings unerfindlich, wie die Postverwaltung mit einer derartig **verbitterten Beamtenschaft,** die von maßgebender Stelle schon mehrfach als die Kerntruppe des Betriebes anerkannt worden ist, noch aufbauende Arbeit leisten soll.“

Wahlen für und gegen den Alkohol

Nach dem Sturz der konservativen Regierung Halvorsen, die über einen reaktionären Schulantrag gefallen war, war in Norwegen eine radikale Bauernpartei und die sozialistische Partei zur Regierung gekommen. Bei den Wahlen, die nun stattgefunden haben, hofften die Konservativen im Verein mit den Freisinnigen die Linksregierung zu stürzen. Als Wahlparole wählten sie die Freiheit des — Suffs. Im September hatten nämlich die Regierungsparteien mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, daß das provisorische Verbot einer beschränkten Alkoholerzeugung und Einfuhr dauernd aufrecht bleiben solle. Wenn auch noch eine Sprachenfrage mit eine Rolle spielte, das, was jetzt die Wähler zur Wahlurne trieb, war die Frage, ob das Alkoholverbot aufrecht bleiben solle oder nicht. Für die Freunde des Bieres, Weines und Schnapses fiel stark das Vorgehen Frankreichs, Spaniens und Portugals ins Gewicht, denn diese Staaten hatten die Schamlosigkeit zugunsten ihrer Weinbauern und Weinhändler einen furchtbaren Druck auszuüben: für das Verbot der Einfuhr ihrer Weine nach Norwegen rächten sie sich mit dem Verbot der Einfuhr oder einer starken Erhöhung des Zolles auf die Einfuhr von norwegischen Klippfischen in ihre Länder, was eine ruinöse Wirkung auf die Fischer der Westküste und auf die norwegischen Staatsfinanzen hatte. So kam den einheimischen Alkoholinteressenten das Ausland im Interesse seines Alkoholkapitals zu Hilfe und es ist bezeichnend, daß es die konservativen und die bürgerlich-freisinnigen Parteien waren, die sich so der Förderung des Alkoholismus als Wahlparole bedienten — natürlich unter der Maske des Kampfes gegen die „Einschränkung der persönlichen Freiheit“ — der Freiheit, sich zu vergiften!

Die Wahlen ergaben nun allerdings eine Schwächung der beiden Regierungsparteien, aber nicht in dem Maße, als es die Alkoholparteien erwartet hatten, denn die bisherige Regierung wird, wenn auch mit einer sehr kleinen Mehrheit, wahrscheinlich im Amt bleiben. Jedenfalls hat die Opposition keine Mehrheit gegen die antialkoholische Politik zustande gebracht, jedoch ist es möglich, daß sich die Regierung für eine Volksabstimmung über das jetzige beschränkte Alkoholverbot und sogar über eine ausgiebigere „Trockenlegung“ des Landes entschließt, deren Ausgang wegen der auch bei den Bauern starken alkoholfeindlichen Stimmung den Freunden der Volksbetäubung ebensowenig einen Erfolg bringen dürfte wie die Wahlen. Die Norweger sind eben ein ernstes Volk wie die Amerikaner und arbeiten der Alkoholverseuchung des Volkes nicht mit scheinheiligen Worten wie die Regierungen Mitteleuropas entgegen, sondern mit der Tat.

Der Staatssekretärposten im Reichsministerium des Innern noch unbesetzt. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß über die Besetzung des Staatssekretärpostens im Reichsministerium des Innern bisher noch keine Entscheidung getroffen ist.

Deutsche Heimkehrer aus Sibirien. Die Reichszentralstelle teilt mit, daß in Swinemünde der Dampfer „Namoi“ mit 616 Heimkehrenden aus Rußland eingetroffen ist. Von diesen sind 29 ehemalige Kriegsgefangene und 262 zivilgefangene Reichsdeutsche aus der Ukraine.

Kommunistische Niederlage in Italien. Der Landesausschuß des Allgemeinen italienischen Arbeitsbundes hat mit geringer Mehrheit einen kommunistischen Vorschlag über die Proklamierung eines Generalstreiks mit politischen Zielen abgelehnt.

Ernste Mahnung an die Deutschen Hausfrauen!

Die ungeheure Nervenanspannung des Weltkrieges und seiner Folgen kann ohne Schaden nur gut gemacht werden, wenn die Gesundheitspflege zur höchsten Aufgabe der Frauen gemacht wird. Aber die Unwissenheit unter den Frauen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und Heilkunde ist geradezu beängstigend. Es gibt keine Statistik darüber, wie viele Frauen an Krankheiten sterben, die sie aus Schamgefühl vor der Behandlung des Arztes verheimlichten, wie viele unter dem Drucke dieses unwürdigen Zustandes leiden und wie viele bei rechtzeitiger Aufklärung gerettet würden. Treten nicht die meisten Bräute leichtsinnig in die Ehe ohne jede Kenntnis der Pflichten gegen sich selbst und ihre künftige Familie, von den Eltern über die wichtigsten Aufgaben des Ehelebens total im Dunkeln gelassen? — In keinem Haushalte sollte daher das berühmte große Prachtwerk von Frau Dr. med. Anna Fischer-Dückelmann fehlen.

Die Frau als Hausärztin!

Ein ärztliches Nachschlagewerk der Gesundheitspflege und Heilkunde mit besonderer Berücksichtigung der Frauen- und Kinderkrankheiten, Geburtshilfe und Kinderpflege und der Nachbehandlung Kriegsverletzter. 1036 Seiten mit ca. 500 Abbildungen, 43 Kunstbeilagen und einem Modell-Album „Mann und Weib". Die Heilkunde enthält zuerst die Beschreibung der Krankheiten, dann ihre Behandlung.

Großer Prachtband Mk. 150.— mit Zahlungserleichterung von monatlich **nur 15 M.**

Eingehend behandelt sind: Ansteckende Krankheiten — Afterjucken — Ausbleiben der Menstruation — Ausfluß — Befruchtung — Blutungen — Bestimmung des Geschlechts — Behandlung der Brüste — Cholera — Dammriß — Diphtherie — Fieber — Fehlgeburt — Frühgeburt — Geburtshilfe — Gallensteine — Gelenkrheumatismus — Geschlechtsleben und Geschlechtskrankheiten — Gicht — Grippe — Hämorrhoiden — Krebs — Kindbettfieber — sämtl. Leber- und Lungenkrankheiten — Tuberkulose — Langlebigkeit — Leistenbruch — Masern — Pocken — Scharlach — Scheidenkrankheiten — Schwangerschaft — Schönheitspflege — Ratschläge für Bräute und junge Ehefrauen — Wassersucht — Weißer Fluß — Wochenbett — Wechseljahre — Zahnkrankheiten — Unsere Heilkräuter — über alle akuten und chronischen Krankheiten, sowie erste Hilfe bei Unglücksfällen.

Behandelt sind auch die so gräßlichen Hautkrankheiten wie:

Schuppenflechte — fressende Flechte — nässende Flechte — Lippenflechte — Gürtelrose und Skrofulose

Die Lieferung des Werkes erfolgt ohne Anzahlung. (Siehe Bestellschein.)

Buchhandlung **A. M. Feller, Hermsdorf** bei Berlin, Weißbachstraße 2. — Postscheck-Konto Nr. 28 524 Berlin NW 7

Im offen. Brief-umschl. f. 15 Pf. aus der „Freiheit"
Bestellschein
An die Buchhandlung
A. M. Feller, Hermsdorf b. Berlin
Bestelle hiermit „Die Frau als Hausärztin" Großer Prachtband 150.— M. mit monatlich zu 15 M.
Erfüllungsort Berlin.

Name:
Stand:
Ort:

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr:
Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ U.: Jugendfreunde

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Persiegeltt Josephs-Legende
Schauspielhaus
(Außer Abonnement)
7½ Uhr: Peer Gynt

Direkt.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen
Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7: Götz v. Berlichingen

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Niemann)

Komödienhaus:
7.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue**
(Glässner, Richard, Engl, Pröckl, Steida)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts, Pepi Zampa, Herb. Kiper

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Nixchen

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Mpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Sonnabend 3½ Uhr
Kinder-Märchen-Vorstellung:
Puppenprinzeßchen
Halbe Preise
Vorverkauf 11-1½, und 4-6

Komische Oper
7½, allabendlich 7½,
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

7½ **Casino-Theater** 7½
Der Weg zum Glück
Stg. 3½ Uhr: Pantoffelheld

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr
Die Ehe im Kreise

TRIANON-THEATER
Täglich ½8 Uhr:
Mein Freund Teddy
Sonntag 4 U.: Kleine Preise
Die große Leidenschaft

RESIDENZ-THEATER
½8 Uhr: **Der König in Paris**
Stg. 3½ Uhr: Kleine Pr.
Gochen Humbrecht

KLEINES THEATER
½8 Uhr: Carola Toelle in Frl. Josette — meine Frau
Sonntag, 4 U. Kleine Pr.
Der Dieb

Walhalla-Theater
8 Uhr
Die Glocken von Corneville

Theater des Ostens
7½ Uhr:
Fidele Brüder

METROPOL VARIETE
Behrenstraße 54.
8 Uhr:
11 Sensationen 11

81 Apollotheater 81
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

Circus Busch

Donnerstag, 10. Nov.
abends 7½ Uhr
Uraufführung!
Das gewaltige indische Manege-Schaustück
Die
Schlange

der
Durgha.

Ein indisches Fabelspiel in 7 Bildern, erdacht und für die Manege bearbeitet von Paula Busch und Paul A. Kirstein. Kostüme nach Entwürf. Prof. Haas-Heye. Dekorationen Haas-Heye u. Ernst Musik u. altindisch. Motiven Sg. Wilt. Einstud. v. Ballettmeister Rich. Riegel. In der Hauptrolle Persönl. Auftreten von
Paula Busch
als Schlangenführerin
Amara.
Im 6. Akt: Die große Tierflucht d. d. Wasser. Schwimmende Riesen-Elefanten. Schwimm. Wasserrätsel.

Das gewaltige Tiermaterial wurde a. d. berühmt. Stellinger Tierpark Carl Hagenbeck geliefert.

Gastsp. Eisenkönig Breitbart bis 15. Novbr. verlängert.
Vorverk. Wertheim u. Circuskassen

Stürmischer Erfolg!

Walhalla-Theater

Ab 11. November täglich ½8 Uhr:
die große Operette
von
Jean Gilbert

Jung muß man sein

Mitwirkende:
Else Böfticher a. G.,
Alfred Läutner a. G.,
Theo Lucas a. G.,
Grete Sellin, Maria Grimm-Einödshofer, Sophie Kaniss,
Martha Winter, Harry Collin,
Karl Neisser, Hans H. Zerlett

Der berühmte Komponist Jean Gilbert
dirigiert
Freitag * Sonnabend * Sonntag
persönlich

Schlager auf Schlager!

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
1. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof.
Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Distrikt Lichtenberg (Stadt)
VI Viertel

Den Genossen die traurige Nachricht, daß unsere Genossin
Cäcilie Zebisch
Ritterguistraße 25,
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, den 11. Nov. nachm. 5½ Uhr, im Krematorium, Baumschulenweg, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Distriktsleitung.

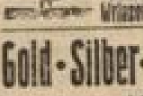
Achtung!
Händler u. Wiederverkäufer! Kantinen und Vereine!
Tafel-Schokolade, 100-, 50- u. 25g. Streifen, Silberwellen, Marzipan-Stangen, Bananen, dir. ab Fabrik, **G. Freund & Co., N. 37, Schwedter Str. 258** (Näh. Schönh. Tor)

Wo findet junger Genosse von auswärts Schlafstelle für einige Wochen, möglichst Nähe Huttenstr., NW. Gefl. Angebote unter „D. 102" an die Expedition d. Blattes, Breite Str. 8/9.

Gesucht: **1 tüchtiger Vorzeichner, 1 Kesselschmiedemeister, mehrere ältere Kesselschmiede u. Schlosser**
Persönliche Meldungen erbittet
Eisenwerk Hempel \ Seegefeld

Geöffnet 9—7
Auf Teilzahlung
Anzüge
Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Raglans,
Maßarbeit, mod. Sachen.
Bequ. diskrete Ratenzahl.
Leiser Gottlieb
Nollendorfstr. 22a
II. Etage (U. Nollendorfpl.)
Sonntags 9—1

Gänsefedern
Füllfertig, auch ungerissen, aus erster Hand.



Paul Paegelow
Wriezen 15 Oderbr.

Gold-Silber-Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldstecher
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 93

Meine Flechte
für deren Beseitigung mir von Aerzten alle möglichen Mittel verschrieben wurden, die aber nichts halfen, ist jetzt durch Reichels Flechtenbalsam fast
verschwunden
So schreiben viele.
M. 12.50.
Otto Reichel, Berlin 46, SO., Eisenbahnstr. 4

Hämorrhoiden
schwinden schnell und schmerzl. durch Myrabalsam, glch. bewährt, äußerliche Anwendg. 10.00 M. Otto Reichel, Berlin 46 Eisenbahnst. 4

Hautjucken
Hautausschlag, Art Krätze, beseitigt das schnell heilende Mittel
Peruviania
Sicherster Erfolg, leichte Anwendung. 1 Person 10 Mk., 2-3 Personen 15 Mk. franko.
Schalda-Werke, Essen 1
Vereinsstraße 38

Ziehung 17.—19. Novbr.
Geld-Lotterie
f. das Offizier-Kurheim in Bad Oeynhausen
300 000 Lose. 9036 Gew. —
Hauptgewinne Mark:
300000
75000
40000
25000
10000
Lose zu M. 3,60
Porto und Liste M. 1,40 extra
Lud. Müller & Co.
jetzt Berlin C 19,
Jerusalemer Strasse 18
Lose überall erhältl.

„Hausrat" Gemeinnützige Ges. m. b. H.
Schöneberg, Sachsendamm Nr. 44

In unserem Ausstellungslokal Berlin N, Müllerstraße 175, zeigen wir in komplett hergerichteten Räumen
einfache, zweckmäßige Möbel, für 1- und 2-Zimmerwohnungen
Vom 25. Oktober bis 10. November Ausstellung von Musterküchen u. Spielzeug, täglich von 10 bis 6 Uhr • Eintritt frei

Altmetalle
kauft zu Engrospreisen J. Abusch, O 27, Metall-Engros, Blankenfelder Straße 5, Nähe Alexanderpl. Fahrtkosten werden vergütet

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107, 1. Hof, Keller.

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen Strausberger Str. 24 I. Keller

Altmetalle
unüberbietbare Preise zahlt Badstraße 34, Hof.

Laufdecken 40, 50, 60 M.
Luftschläuche 10, 15, 20 M.
Versand nach auswärts
Eugen Schmidt, Ein. Kadstr. 13

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse
Zahn 10–150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Wo-Ta-Za
Wohnungstausch
Vermietungen
Vertretungen beim Mieteinigungs- und Wohnungsamt Gutachten, Anträge, Beschwerden, Heizkostenberechnung
Verwaltungen
pers. Sprechst. 9—10 u. 4—6. Wohnungs-Tausch-Zentrale Alexanderstraße 44. Fernspr.: Königstadt 1300

Soeben erschien! Soeben erschien!

Karl Liebknecht
Reden und Aufsätze

Aus dem Inhalte: Der Kampf für die Jugend / Gegen den Militarismus / Gegen den Reformismus / Gegen den Krieg / Gegen die offizielle deutsche Partei / Um das proletarische Klassenbewußtsein / Gegen die preußische Klassenjustiz und Verwaltungswillkür / Für die russische Revolution / Für die deutsche Revolution

374 Seiten / Preis: in Leinen geb. 30 M. Pappband 20 M. / Organisationspreis 15 M.

Bestellungen sind zu richten an den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Für alle Kredit
bei
L. Indner

Wenn Sie Ihren Bedarf in einzelnen Möbelstücken oder einer vollständigen Wohnungs-Einrichtung noch nicht gedeckt haben sollten, bitte ich Sie um unverbindlichen Besuch meiner Verkaufs- und Ausstellungsräume. Täglich werden Möbel teurer, trotzdem liefere ich, solange der Vorrat reicht, noch zu alten, billigen Preisen und gewähre meinen Kunden auf Wunsch Kredit unter überaus günstigen Zahlungsbedingungen. Meine vier Geschäfte, Brunnenstrasse 1, Frankfurter Allee 350, Kottbuser Damm 103 und Charlottenburg, Scharrenstrasse 4, enthalten eine Fülle eleganter Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, farbiger Küchen, Klubgarnituren, Metallbetten usw., ebenso sind auch die Läger in Teppichen, Gardinen, Portieren gut sortiert. Wer Geld sparen will, kaufe sofort!

Der Mieterschutz

Preis 4.00 Mark

Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes u. der Höchstmietenverordnung

Von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim / 2. Nachtrag:
„Die Aenderungen des Mieterschutzes"

Bestellen Sie sofort bei der
Buchhandlung „Freiheit" / Berlin C 2

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

mit der wöchentlich einmal erscheinenden **illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"**

zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbmonatl. bei freier Zustellung ins Haus

Name: ____

Ort: ____ Straße: ____ Nr. ____

(Namen deutlich schreiben, Adreß genau ausfüllen: vorn, Hof, Eith., Durchgh.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8/9, einzusenden.

Soeben erschienen!

Die Erwerbslosenfürsorge
nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der **Erwerbslosen und Kurzarbeitern** zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von **Rudolf Weck**
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.
Preis 8.— Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Berlin C2 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition Lachmann
Stargarder Straße 13

Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
für Tour: Christburger Straße

Spedition Sinner
Skalitzer Straße 101

Spedition Wengels
O., Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße — Rigaer Straße

Spedition Jordan
Dresdener Straße 24
Tour: Köpenicker- und Michaelkirchstraße

Spedition Reisewitz
Lichtenberg, Tasdorferstr. 25
Tour: Röderstraße.

Spedition Krüger
Neukölln, Emser Straße 32

Spedition Greulich
Marienfelde, Kirchstr. 27

Eine amtliche Revolutionsfeier

Eine Berliner, von einem Stadtverordneten der Deutschen Volkspartei geleitete Lokalkorrespondenz meldet:

„Die amtliche Revolutionsfeier im Bezirk Reinickendorf aber: Sie genieren sich nicht! Der 9. November ist Gottseidank kein amtlicher oder Nationalfeiertag, wie als Antwort auf ihn die Franzosen den 11. November, den Tag des Waffenstillstandes, zum Nationalfeiertag erklärt haben. Trotzdem will die sozialistisch-kommunistische Mehrheit des Verwaltungsbezirks Reinickendorf diesen schwarzen Tag in der Geschichte Deutschlands aus amtlichen Mitteln begehen. Dazu wird sogar das Volksbildungsamt gemißbraucht, dessen Arbeit, wie man meinen sollte, ausschließlich in kulturförderndem Sinne gehalten sein soll. Weit gefehlt! Das Volksbildungsamt veranstaltet am Abend des 9. November eine „künstlerische Veranstaltung" in Tegel und in Reinickendorf-Ost, an der eine Reihe von Künstlern mitwirken."

Diese Lokalnotiz, die von der bürgerlichen Presse, besonders der deutschnationalen Presse bereitwillig abgedruckt wird, ist in mancher Hinsicht lehrreich. Wir wollen die Gesichtspunkte, die den bürgerlichen Verfasser und mit ihm die herrschende bürgerliche Ideologie charakterisieren, im einzelnen betrachten.

Das Bürgertum ist heute die herrschende Klasse. Von der ökonomischen Grundlage unserer Gesellschaftsordnung bis zu den höchsten Spitzen des staatlichen Geisteslebens entspricht alles seinem Klasseninteresse; daher ist das Bürgertum der Feind jeder Umsturzbestrebung, darum reicht auch seine demokratische Toleranz nur eben so weit, als seine Herrschaft unangetastet bleibt.

Das Bürgertum war aber auch einmal anderer Ansicht, ja, es war sogar einmal revolutionär! Das ist freilich lange her, aber es ist so; das Bürgertum hat sich als revolutionäre Klasse gegen den Feudalstaat empört und hat durch eine Revolution die politische Macht erkämpft, die seiner wirtschaftlichen Macht entsprach. Nur muß hier einschränkend bemerkt werden, daß das trottelhafte deutsche Bürgertum seine Revolution nicht zu Ende durchgeführt hat, sondern auf halbem Wege stehen blieb. Die deutsche bürgerliche Revolution fand zu einer Zeit statt, da bereits gut entwickelte Anfänge eines Industrieproletariats vorhanden waren, die die Revolution weiter zu treiben drohten als dem Bürgertum lieb war. Daher endete die bürgerliche Revolution mit einem Kompromiß zwischen den Feudalen und der Klasse der aufsteigenden bürgerlichen Gesellschaft.

Inzwischen hat sich das bürgerliche Deutschland mit dem halbfeudalistischen Staate bis zu seiner Katastrophe entwickelt. Diese Entwicklung aber schuf eine neue Klasse, die nach den ökonomischen Gesetzen wirtschaftlich die entscheidende Macht der Zukunft darstellt: das Proletariat. Nun wiederholt sich dasselbe: die aufstrebende Klasse des Proletariats strebt, genau wie seinerzeit das Bürgertum, nach einem politischen Ausdruck seiner wirtschaftlichen Macht, d. h. es strebt seiner historischen Aufgabe entsprechend nach der Aufhebung des Klassenstaates.

Es ist, geschichtlich gesehen, durchaus verständlich, daß das Bürgertum als herrschende Klasse der heute revolutionären Klasse des Proletariats nicht dasselbe Recht der Revolution zuerkennt; keine herrschende Klasse hat bisher der aufstrebenden Klasse das Recht auf Revolution zuerkannt, denn das hätte für sie geheißen, sich selbst das Todesurteil zu sprechen. Daher kämpft auch das jetzt herrschende Bürgertum mit allen Mitteln gegen die Revolution.

Eines der wirksamsten Mittel ist noch immer die geistige Beeinflussung der Bevölkerung. Der Staat, dessen einzige Aufgabe die Erhaltung der herrschenden Klasse ist, hat Schule und Kirche in seinen Dienst gestellt. Bereits bei den Schulkindern beginnt das Einpflanzen des Untertanengeistes. Durch Lernstoff und Methode, durch zweckdienliche Fürstenverhimmelung und durch die autoritative Methode des Unterrichts wurde in vielen Generationen die geistige Selbständigkeit getötet und statt dessen der urteilslose Autoritätsglaube eingeimpft. Planmäßig wurde die Auffassung erzeugt, als bedeute eine Schädigung oder Verminderung der Autorität des Staates gleichzeitig eine Schädigung der Interessen der Gesamtheit, als deren Vertretung der Staat dargestellt wird.

Aus diesen Bedürfnissen der herrschenden Ideologie ist das obenstehende Urteil über die Novemberrevolution geboren: „ein schwarzer Tag in der Geschichte Deutschlands!" Das Bürgertum denkt natürlich gar nicht daran, mit den Empfindungen der Arbeiterschaft zu rechnen, die viele Feiertage des Bürgertums als schwarze Tage in der Geschichte Deutschlands betrachtet. Besonders interessant ist aber, daß der bürgerliche Verfasser die nach seiner Meinung „kulturfördernden Aufgaben" mit einer künstlerischen Revolutionsfeier in Gegensatz bringt.

Abgesehen davon, daß die Novemberrevolution viel unblutiger verlaufen ist als früher die bürgerliche — wem das zugute gekommen ist, zeigt ja jetzt die Erstarkung der Reaktion — hat sie eine Reihe kultureller Errungenschaften gebracht, die sich noch nicht gleich auswirken, für deren ungestörte Auswirkung die Arbeiterklasse aber sorgen muß. Endlich ist die Möglichkeit gegeben, der barbarischen Verherrlichung des Krieges, des Massenmordes entgegenzuwirken; endlich wird der politisch kulturlose Obrigkeitsstaat allmählich durch eine Staatsform verdrängt, die die schöpferischen Kräfte der künstlich niedergehaltenen Schichten weckt und für die Gesamtheit fruchtbar macht; endlich wird durch Einschränkung der Arbeitszeit eine Möglichkeit für die kulturelle Hebung der Arbeiterklasse geschaffen. Die angeführten Folgen des 9. November lassen erkennen, daß gerade ein Volksbildungsamt, das kulturfördernd wirken soll, gar nichts besseres tun kann, als den 9. November zu feiern. Wir glauben, daß die bürgerlichen Leute wie der Verfasser jener Lokalnotiz die Unkultur des Krieges und die Pseudokultur des Hohenzollerntums gefeiert sehen möchten. Nichts da! So wenig früher das Bürgertum auf die Empfindungen der Arbeiterklasse Rücksicht genommen, ihr vielmehr von der Volksschule an bürgerliche Empfindungen aufgezwungen hat, so wenig hat jetzt die Arbeiterklasse Veranlassung, das Bürgertum zu fragen, was sie feiern soll.

Auch mit dem, was dem Volksparteiler am schlimmsten scheint, wird sich das Bürgertum abfinden müssen: mit der amtlichen Revolutionsfeier. In proletarischen Bezirken ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das Volksbildungsamt als von der Bevölkerung des Bezirkes beauftragtes Organ nach dem Willen seiner Auftraggeber handelt und nicht nach der bürgerlichen Ideologie. Das geschieht aus kulturellen, sozialen, proletarischen Gründen und — mit dem Recht der Revolution!

Der Reigen der Mucker

Aus der Dienstag-Verhandlung des „Reigen"-Prozesses sind noch einige charakteristische Aussagen der Belastungszeugen nachzutragen. Keiner von ihnen vermag allerdings der wiederholten Aufforderung des Vorsitzenden zu entsprechen und bestimmte unzüchtige Handlungen der angeklagten Bühnenleute zu nennen. Desto mehr drängt sich der Eindruck auf, daß dieser vor einem hohen Gerichtshof zur Aufführung gelangende Mucker-Reigen ohne die eifrige Regie des Herrn Professor Brunner und die Propaganda von, wenn das Wort gestattet ist, ihm geistesverwandten Zeitgenossen kaum zustandegekommen wäre.

Fräulein Teusch, Mitglied des Reichstags, hält das Stück für unzüchtig, da das Spiel auf der Bühne den Geschlechtsverkehr als Folge des sinnlichen Treibens zu deutlich vorführt. Besonders das fünfte Bild, die Unterhaltung zwischen den Eheleuten, habe abstoßend auf sie gewirkt.

Fräulein Gulke, Vorsitzende des Landesverbandes preußischer Volksschullehrerinnen: Auf die Jugend muß ein solches Stück verwirrend wirken, denn die Jugend, die das Stück sieht, müsse zu der Ansicht kommen; so sei das Leben wirklich.

Rudolf Lebius, der Herausgeber und Verleger der „Staatsbürger-Zeitung", bezeichnet sich als Nationaldemokrat. Als die Szenen sich abrollten, habe ihm geradezu der Atem gestockt, denn neben ihm hätten zwei junge Mädchen im Alter von 15 bis 16 Jahren gesessen. Auf Vorhalt des Rechtsanwalts Heine bestätigt der Zeuge, daß er seinerzeit gegen die Sozialdemokratie, die gelbe Arbeiterbewegung organisiert habe. Seitdem er von der Sozialdemokratie weg sei, sei er Nationaldemokrat. Von seinem politischen Standpunkte müsse er solche Vorführungen als das Volk entsittlichend bezeichnen und bekämpfen.

Fräulein Scheider, Vorsitzende des Verbandes der akademisch gebildeten Lehrerinnen Berlins, hat den Protest gegen die Aufführung des Stückes unterschrieben. In ähnlicher Weise äußern sich noch weitere Zeugen, die den bei dem Buchhändler Warthemann ausliegenden Protest unterschrieben haben. Justizrat Dr. Rosenberger stellt bei einem dieser Zeugen fest, daß er den Protest unterschrieben habe, bevor er das Stück gesehen habe.

Dann wird Landgerichtsdirektor Geheimrat Bock vernommen. Er ist als Vorstandsmitglied des Deutschen Opernhauses mit der Bühnentechnik vollständig vertraut. Der Zeuge hat der Aufführung beigewohnt und sehr genau die Einzelheiten in bezug auf die Szenerie, die Darstellung und die Kostüme beobachtet und nach diesen drei Richtungen nichts Anstößiges gefunden. Die Gesten und Kostüme der Darstellerin selbst der verhältnismäßig gewagtesten Szene seien nicht obszön, beispielsweise gehe man bei der Darstellung der Venusbergszene in Rich. Wagners „Tannhäuser" noch weiter. Was die Darstellung betrifft, so hat weder in der ersten Vorstellung die er gesehen, noch sonst irgendeiner der Darsteller Gesten gemacht, die an Vorgänge hinter dem Vorgang erinnerten. Gegenteilige Warnehmungen einzelner Zeugen halte er nicht für zutreffend. Was den angeblichen, die Lüsternheit befördernden Rhythmus der Musik betrifft, so sei ihm völlig unverständlich, wie der Rhythmus einer Musik auf gewisse Vorgänge delikater Art hindeuten kann.

Nach der Vernehmung dieses Zeugen wird die Verhandlung auf Donnerstag, 9 Uhr, vertagt.

Ein Prophet

Die Spuren des Herrn Hergt und des Herrn Helfferich und ihre mißglückten Prophezeiungen haben nicht einmal auf so aufrichte „Demokraten" Einwirkung gehabt, wie Herr Dr. Paul Michaelis einer ist. Immer wieder reitet er sein einziges Steckenpferd, die Privatisierung der städtischen Werke. Immer wieder dient ihm dabei als Beweis die Lüge von der Unwirtschaftlichkeit dieser Betriebe. Man muß jetzt bereits annehmen, daß der Geist dieses ehemaligen Pfarrers nicht mehr ausreicht, um ein paar Zahlen richtig zu begreifen.

Für den Fall der Beteiligung des Privatkapitals an den städtischen Werken prophezeit Herr Dr. Michaelis große Ueberschüsse in ihnen. Herr Dr. Michaelis hat schon oft prophezeit, und je öfter er damit hereingefallen ist, je mehr scheint er sich auf Prophezeiungen zu verlegen. Nur ein paar Beispiele:

Als die Direktoren der Straßenbahn hinausflogen, prophezeite er den Stillstand der Straßenbahn in wenigen Tagen. Als ihnen die Direktoren der Elektrizitätswerke folgten, prophezeite er, Berlin werde bald ohne Licht und Kraft sein. Im Frühjahr dieses Jahres prophezeite er wieder, wenn der Straßenbahn nicht 300 bis 500 Millionen Mark Kapital zuflössen, werde sie in wenigen Monaten zum Stillstand kommen. Als vor einigen Wochen die Sätze für die Gewerbesteuer erhöht wurden, prophezeite er die Abwanderung der Industrie- und Handelsunternehmungen aus Berlin.

So sieht der „Prophet" Michaelis aus, der geistige Führer der demokratischen Fraktion, die sich einbildet, gerade ihre Vorschläge verdienten Beachtung!

*

In einem anderen Blatt lesen wir:

„Das Reich trägt die Verantwortung für die gradezu katastrophale Lage der Gemeinden und es ist unzweifelhaft Sache des Reichs, hier Abhilfe zu schaffen."

So zu lesen in der „Deutschen Tageszeitung" vom 9. November, drei Wochen nach der Stadtverordnetenwahl.

Teilstreik bei der Straßenbahn

Am Mittwoch früh kam es wegen der fristlosen Entlassung eines Fahrers zu Differenzen zwischen Betriebsrat und Direktion. Die Direktion wollte den Einspruch des Betriebsrats gegen die Entlassung nicht gelten lassen. Darauf beschlossen die Betriebsräte die Einstellung des Verkehrs auf den Strecken der Straßenbahn, die schon vor der Uebernahme der Großen Berliner städtisch waren. Es finden Verhandlungen zur Beseitigung der Differenzen statt. Fahrgäste, die die stillgelegte Strecke benutzen wollten, nahmen fälschlich an, daß die Straßenbahner zur Feier des 9. November die Arbeit ruhen ließen.

An Methylalkoholvergiftung gestorben ist gestern auf der Straße ein noch unbekannter Mann. Er wurde vor dem Hause Germannstraße 14 besinnungslos aufgefunden und durch Polizeibeamte nach der Rettungswache gebracht, wo der Arzt nur noch seinen infolge Methylalkoholvergiftung eingetretenen Tod feststellen konnte.

Der einzige Weg

Roman von Paul Rebouz

Uebersetzt von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(14. Fortsetzung.)

„Wir waren beim Parlament."

„Ach ja, entschuldige. Ich habe dir schon gesagt, daß die Opposition meist in den Händen der Machthaber, das heißt, der hohen Finanz, liegt. Man merkt das bei jeder Kabinettsbildung. Du kannst dir denken, daß die Großbanken ihre Absichten nicht immer von ihren natürlichen Verbündeten ausführen lassen. Die Täuschung wäre zu plump. Nein, die Spielregel verlangt eine schöne Buntscheckigkeit der Ministerliste, man läßt eine vorgeschrittene Politik von einem Gemäßigten machen und eine reaktionäre von einem Abgeordneten der Linken. So gleichen sich die Gegensätze aus. Uebrigens ist der Scherz schon alt, aber doch noch immer wirksam, weil die Menschen niemals sachlich urteilen, sondern nach den Personen, die an der Spitze stehen. Es gibt übrigens noch ein anderes Kunststück. Benötigt die Finanz einen wichtigen und folgenschweren Beschluß, so wird die Sache besonders in Szene gesetzt. Man kündet für den Nachmittag eine große politische Debatte an. Die Neugierigen schlagen sich um die Eintrittskarten, wie bei einem richtigen Match. Zur Sitzung am Morgen kommt kein Mensch. In dieser Sitzung beschließt man in halbleerem Saal die Schutzzölle, die den Preisabbau der Lebenshaltung verhindern, und unter Gähnen und Plaudern die wichtigsten Vergünstigungen. Am Nachmittag gibt es dann Andrang und rednerische Leistungen. Von Bedeutung war einzig die Morgensitzung. Gemerkt haben das nur jene, die auf der Bank der Spötter sitzen und in die Geheimnisse der Götter eingeweiht sind."

Réal sah seinen Freund betrübt an. Dieser haarige Gnom kroch doch wirklich über alles Ehrwürdige mit der Beweglichkeit eines Insektes. Ihm war schon die höhnische Respektlosigkeit in der Stimme des Buckligen, der den Staat derart in den Kot zog, zuwider. Es tat ihm leid, durch seine Fragen das alles veranlaßt zu haben. Doch mischte sich in sein Unbehagen eine bittere Neugier. Er fragte weiter:

„Welche Beweise hat man eigentlich, daß diese kleine Menschengruppe, wie du behauptest, alle Entscheidungen im Staate trifft?"

„Beweise, lieber Freund? Blättere in den großen Zeitungen, von denen wir soeben gesprochen haben. Du findest da die Zeichen einer einheitlichen, zentralen Organisation, die zur selben Stunde über alles Geschäftliche die gleiche Ansicht äußert, die gleichen Unternehmungen herunterreißt oder lobpreist und alle Gläubigen wie eine Herde Schafe denselben Weg treibt. Als Kronzeugen für meine Ansicht könnte ich dir Jean Jaurès und gar manchen Patrioten von Voltaire und Fénelon, von Renan und Viktor Hugo bis Brunetière und Lemaitre nennen. Und so ist es nicht nur in allem Geschäftlichen, sondern, was viel schlimmer ist, auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Die Franzosen — und schließlich alle anderen Völker auch — wähnen, sich selbst zu unterrichten, sich selbst zu führen, und werden von Leuten unterrichtet und geführt, die geschickt genug sind, ihnen den Schein der Freiheit vorzugaukeln. Willst du noch Beweise? Im Jahre 1910 hat es sechs Monate lang eine Revolution in Griechenland gegeben. Wer hat es erfahren? Kein Mensch. Warum? Weil die griechische Regierung bei uns eine Anleihe unterbringen wollte . . ."

„Ja, wären denn die Kriege auch . . ."

„. . . das Werk dieser Leute? Gewiß. Bedenke doch, ein Krieg bedeutet: Aufträge, Anleihen, besondere Lieferungen, Transporte! Da hast du den Typ dieses prächtigen Unternehmens! Und deshalb sind die Kriege, seitdem die Staaten von einer Finanzoligarchie beherrscht sind, ausschließlich Geschäftskriege, aber natürlich, wie es recht und billig ist, im Namen des Patriotismus erklärt . . ."

Réal widersetzte sich:

„Oho, für so einfältig mußt du mich nicht halten."

„Du zweifelst? Warte, es ist immer gut, genau zu sein. Kellner, Schreibzeug!"

Er legte das Blatt Papier, das ihm der Kellner brachte, auf die Unterlage und zog, die mageren Finger um den Federhalter gekrampft, eine Senkrechte. Dann verzeichnete er links die Vorwände, rechts die wirklichen Ursachen der letzten Völkerkämpfe:

Vorwände	Wirkliche Ursachen
Der spanisch-amerikanische Krieg.	
Weil die Spanier ein amerikanisches Schiff in die Luft gesprengt haben oder hätten sprengen können.	Weil die Amerikaner Appetit auf die Zuckerpflanzungen in Cuba hatten.
Transvaal-Krieg.	
Weil ein Buren-Polizist einen englischen Untertan getötet hatte und weil die nationale Würde einen solchen Uebergriff nicht dulden konnte.	Weil die Engländer die englischen Minen in Transvaal frei von Zöllen haben wollten.
Zug nach China (1900).	
Weil die Chinesen gegen einzelne Europäer „rücksichtslos" waren.	Weil die europäischen Gesellschaften den Chinesen ihre Eisenbahnen aufhalsen wollten.
Russisch-japanischer Krieg.	
Weil der Zar, als er nach Korea vordrang, die Unabhängigkeit und Sicherheit Japans bedrohte.	Weil die russischen und japanischen Finanzleute sich in der Ausbeutung der Mandschurei Konkurrenz machten.
Balkan-Krieg.	
Weil die christlichen Völker, als wahre Ritter, ihre Glaubensgenossen befreien und „die Ungläubigen aufs Haupt schlagen" wollten.	Weil man den Türken Konstantinopel stehlen wollte. Weil Bulgarien seinen Getreidehandel, Serbien seinen Schweine- und Pflaumenhandel sichern wollte.
Französisch-russisches Bündnis.	
Abgeschlossen zur Sicherung des Weltfriedens und als Gegengewicht gegen den deutschen Einfluß. Weil Rußland und Frankreich „brüderliche Berührungspunkte" hatten.	Weil die Kassen des Zaren leer waren und er unseren Banken versprochen hatte, ihnen die Millionen Zinsscheine zu 82 zu überlassen, die dem Publikum für 88 und 89 verkauft wurden.
Weltkrieg 1914.	
????	????

Er unterbrach sich. Es war spät geworden. Die Kellner begannen, die Schranken der Terrasse ins Haus zu tragen.

Die beiden Freunde verließen das Café, kreuzten den Boulevard und erreichten bei der Madeleine-Kirche das Haus, in dem Jacobi wohnte.

Réal verabschiedete sich mit den Worten:

„Gute Nacht, Alleszertrümmerer!"

„Nicht doch," versetzte Jacobi, „was ich dir heute abend sagte, ist keineswegs besonders eigenartig. Im Grunde weiß das jeder ganz genau. Bedenke, du selbst, ein Mann vom Bau, warst entrüstet, weil die Martin einen Artikel abgelehnt hat, der für unsere geheimen Herren störend war. Du warst erzürnt, du sprachst vom Brüllen des Volkslöwen. Lieber Freund, es ist lange her, seit sich der Volkslöwe von seinem Lager erhoben hat ... Komm gut nach Hause und laß dir was Schönes träumen ... Gute Nacht!"

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Die Maßregelungen im Gastwirtsgewerbe

In den Sophiensälen versammelten sich gestern etwa **1600 gemaßregelte Betriebsräte und Vertrauensleute des Gastwirtsgewerbes,** um zu den skandalösen Maßnahmen der Unternehmer Stellung zu nehmen. Unter den Funktionären herrscht große Empörung darüber, daß sich die Unternehmer über die Bestimmungen des Schiedsspruches wie über die im Reichsarbeitsministerium protokollarisch festgelegten Abmachungen hinwegsetzen. Nicht nur die Funktionäre, sondern auch **mehrere tausend Streikende** sollen gemaßregelt werden. Nach eingehender Besprechung der Lage, an der auch die Organisationsvertreter Burde und Ströhlinger teilnahmen, wählte die Funktionärversammlung eine zehngliedrige Kommission, die unter Führung der genannten beiden Vorstandsmitglieder mit dem Reichsarbeitsministerium in Fühlung treten sollte, um Schritte der Behörde gegen den Bruch des Versprechens durch die Unternehmer zu veranlassen.

Die Kommission wurde vom Oberregierungsrat Haußmann und dem Regierungsrat Weigert empfangen. Die Beamten waren überrascht als sie von dem brutalen Vorgehen der Unternehmer, entgegen den Bestimmungen des Schiedsspruches, erfuhren. Die Herren Haußmann und Weigert gaben der Kommission das Versprechen, ihrerseits werde alles geschehen, um zu verhindern, daß der Schiedsspruch einseitig ausgelegt und durchgeführt wird. Die Arbeitnehmerorganisation soll zu diesem Zweck heute dem Reichsarbeitsministerium einwandfreies Material vorlegen, damit das Reichsarbeitsministerium eingreifen kann. Nach Bekanntwerden des Materials will das Reichsarbeitsministerium sofort **eine Sitzung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen** einberufen. Die Herren gaben der Meinung Ausdruck, daß auf diese Weise die Streitigkeiten beigelegt werden könnten. Hoffentlich täuschen sie sich nicht.

*

Wie wir erfahren, finden heute nachmittag um 3 Uhr zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die Verhandlungen zur tariflichen Festsetzung der Löhne des wirtschaftlichen Personals im Gastwirtsgewerbe statt.

Die Bewegung der städtischen Arbeiter

In der am 8. November 1921 stattgefundenen Vollversammlung der Betriebsräte der Kommune Groß-Berlins beschäftigte sich dieselbe mit der Frage der Massenentlassungen.

In der, gegen eine Stimme angenommenen Resolution wird verlangt, daß keine Entlassungen stattfinden dürfen, bis 1. sämtliche Privatunternehmer aus den städtischen Betrieben entfernt sind, 2. Arbeiten, die ohne Aufwendung größerer Mittel in eigener Regie hergestellt werden können, der Privatindustrie entzogen werden, 3. solange noch Ueberstunden gemacht werden. Die Vollversammlung verlangt vom Magistrat, daß er sich spätestens bis Donnerstag, den 24. November 1921, zu dieser Frage äußert. Sie ist weiter gewillt, zu den schärfsten Mitteln zu greifen, um in dieser Frage ihren Willen zum Durchbruch zu bringen.

Es wurde dann auch noch über die Lohnfrage, speziell über die 1000 Mark Wirtschaftsbeihilfe, gesprochen. Zu diesem Punkt nahm die Versammlung fast einstimmig eine Entschließung an, welche besagt, daß der Magistrat bis zum 10. November, mittags 12 Uhr, einen endgültigen Bescheid geben soll, ob er gewillt ist, die 1000 Mark auszuzahlen, widrigenfalls die Betriebsräte die Konsequenzen ziehen werden und an dem Beschluß der Funktionärversammlung vom 2. November festgehalten wird, der dahin ging, daß, falls die 1000 Mark nicht gezahlt werden, die Arbeit niedergelegt wird.

Die Verhandlungen der Portiers erneut verschleppt

Wie uns vom Portierverband mitgeteilt wird, sind die zum 9. November angesetzten Verhandlungen mit dem Bund der Berliner Grundbesitzervereine und dem Deutschen Portierverband vor dem Demobilmachungskommissar für die Wohnhausportiers und Hausreiniger auf Freitag, den 11. November, verschoben worden. Des weiteren sind die Verhandlungen über das Lohnabkommen mit dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer auf Dienstag, den 15. November, festgelegt worden. **Die Geduld der Portiers wird also aufs neue auf eine harte Probe gestellt.** Sollte es an diesen Tagen nicht zu einer endgültigen Regelung kommen, so werden die in Frage kommenden Berufsgruppen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln ihre berechtigten Forderungen erkämpfen.

Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 31. Oktober 1921 gemäß der Verordnung nach § 2 vom 23. Dezember 1918 mit dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer e. V. und dem Deutschen Portierverband am 1. September 1921 abgeschlossenen Manteltarif für die Hauswarte, Hausmeister, Fahrstuhlführer, Heizer, Fabrikpförtner, Wächter, Reinmachefrauen und Hofreinigern in Geschäfts- und Industriehäusern für den Geltungsbereich der neuen Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. September 1921.

Manteltarifverträge sind im Bureau des Deutschen Portierverbandes, Berlin W. 62, Bayreuther Straße 31, zum Preise von 30 Pf. zu haben.

Gehaltsregelungen. Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt. Die Gehälter der Versicherungsangestellten in Direktions- und Verwaltungs-Generalagenturbetrieben sind bekanntlich durch die Vereinbarung vom 12. Oktober 1921 am 1. November neugeregelt worden. Nicht geregelt wurden bisher die Gehälter der Provisions-Generalagenturangestellten. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr Schlichtungsverhandlungen gegen den Arbeitgeber-Reichsverband deutscher Versicherungsvertreter für den 15. November 1921 festgesetzt.

Teuerungsaktion der christlichen Gewerkschaften. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund) hat an den Reichstag die Bitte gerichtet, die zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen getroffene Vereinbarung über die Beamtengehälter trotz ihrer Mängel unverändert anzunehmen, damit die Auszahlung der vereinbarten Beträge sofort erfolgen kann, aber alsbald in eine neue Nachprüfung der Beamtenbezüge einzutreten und dem Reichstag in Bälde eine Vorlage darüber zu machen.

Reichsbetriebsrätekongreß der Bergarbeiter

2. Verhandlungstag.

Magdeburg, den 8. November.

Das Wort erhält R. Woldt zu seinem Referat: **Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie.** Die Schöpfer des Friedensvertrages bereiten den Kampf aller gegen alle vor. Wir haben daher die Frage zu stellen:

Kapitalismus oder Sozialismus, Wirtschaftsautokratie oder Wirtschaftsdemokratie?

Hat uns das Betriebsrätegesetz in der Wirtschaftsdemokratie vorwärts gebracht? Ich richte die Warnung an die Unternehmer: Wenn die Unternehmer in der **Sabotage des Betriebsrätegesetzes fortfahren, dann kommt der Zeitpunkt, an dem die Bergarbeiter nicht mehr mitmachen und die Betriebsräte zurückziehen.**

Jeder Lohnerhöhung folgen gewaltig höhere Produktionspreise. Es fehlt uns heute der Einblick in die kalkulatorischen Vorgänge. Die **Preiskontrolle muß durch die Betriebsräte** ausgeübt werden. Der jetzige Zustand dieser Kontrolle ist für jeden Fachmann eine **Komödie.** Die Frage der **Arbeiter in den Aufsichtsräten** bleibt eine **Dekoration,** wenn ihnen nicht alle Betriebsvorgänge bekanntgemacht werden. Die technische Durchleuchtung des Produktionsprozesses ist im Interesse der Gesamtwirtschaft notwendig. Was für die kaufmännische Buchführung gesetzlich festgelegt ist, muß auch für die industrielle Buchführung festgelegt werden und den Betriebsräten zugänglich sein. Die **Produktionskontrolle** muß aus dem Stadium der Experimente herausgebracht werden. Um diese auszuüben, heißt es **lernen, lernen** und **abermals lernen!** Der Kampf mit dem Unternehmertum wird ein Schützengrabenkampf Schulter an Schulter sein.

Die **Sozialisierungsfrage** im Bergbau entspringt dem Gefühl. Der Bergmann hat es satt, für den Kapitalisten zu graben. Kautsky hat kürzlich geschrieben, daß die

Betriebsräte die Träger der Sozialisierung

sind. So notwendig die Diskussion über die Sozialisierung ist, so müssen wir doch sagen, für die Sozialisierung müssen auch die Menschen reif sein. Können wir heute aus eigenen Kräften die Produktion führen? Wir stehen heute vor dem Riesenbau, den Hugo Stinnes in der Wirtschaft aufführt. Wir haben zuviel mit dem Gefühl deklamiert und müssen wieder die realen Grundlagen untersuchen. **Das Unternehmertum führt eine neue Wirtschaft auf, aber ohne innere Ideen.** Wir können aber dieses Unternehmertum heute noch nicht beiseite schieben. An die Gewerkschaften wird jetzt die große Frage gestellt, ob sie sich die Königskrone aufsetzen wollen. Die Träger der Macht der Zukunft sind die wirtschaftlichen Organisationen. Wir haben uns alle diese Dinge erst ernst und nüchtern zu erarbeiten, dann gehört uns die Zukunft. (Starker Beifall.)

In der dem Referat folgenden Diskussion sprechen u. a. Lewicki-Dortmund und Werner-Aßl, der u. a. erklärt: **Leute wie Kautsky und Hilferding lassen sich nicht mit einer Handbewegung beiseiteschieben. Stinnes vertritt das Kapital und wir die Menschheit. Diese Gegensätze sind nicht zu überbrücken.** Die weitere Debatte wird abgebrochen.

Ueber einen in den nächsten Tagen kommenden Entwurf zu einem

Reichsknappschaftsgesetz

führt Wißmann vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes ungefähr aus: In den nächsten Tagen wird den Parlamenten der Entwurf eines Reichsknappschaftsgesetzes zugehen, das schon lange der Wunsch der Bergarbeiter ist. Es ist das Produkt von Verhandlungen mit den Unternehmern, und er weist daher viel Mängel auf. Trotzdem ist er ein Fortschritt gegen den alten Zustand. Wir forderten, daß die Bergarbeiter nach einem Alter von 50 Jahren und 25jähriger Berufstätigkeit ohne ärztliche Untersuchung sich pensionieren lassen können. In eingeschränktem Maße stimmten die Unternehmer zu. Wir wollen aber diesen Vorteil für alle Knappschaftsangehörigen. Die Beiträge den Unternehmern aufzuerlegen, wäre unklug, da diese dann auch das alleinige Bestimmungsrecht verlangen. Es ist falsch, wenn verschiedene einzelne Knappschaftsvereine vom Zusammenschluß nichts wissen wollen, weil die Unternehmer den Einzelvereinen Millionen zuschießen. Das ist kurzsichtig. Die Unternehmer können wechseln und die Zuschüsse aufhören.

Noch ein paar Worte zu unseren Krankenkassen. Bei den heutigen Unterstützungen von 22 Mark verhungern die Kameraden. Wir müssen unbedingt **einen höheren Grundlohn haben, sollen sich nicht die Kranken zur Grube schleppen und dadurch die Unfallgefahr erhöhen.**

Auch die Invalidenbezüge sind jämmerlich. Es heißt jetzt ganz richtig: Helft dem hungernden Rußland. **Aber hier verhungern auch die alten Invaliden des Bergbaues.**

Dem Referat folgt eine lebhafte Diskussion, in der sich Lachmann-Kattowitz, Anderka-Senftenberg, Wischkorn-Oberschlesien und Bär auf den Standpunkt stellen, daß die Kosten der Versicherung von den Nutznießern der kapitalistischen Ordnung getragen werden müssen. Eine Entschließung, in der die Erhöhung des Grundlohns gefordert wird, wird einstimmig angenommen.

Dann sprach Sichtermann über das

Gesteinstaubverfahren.

Die Gefahren der schlagenden Wetter fordern gebieterisch, nach neuen Mitteln zu ihrer Bekämpfung zu suchen. Neuerdings hat man das Gesteinstaubverfahren erprobt. Es hat sich gegen die Ausbreitung von Explosionen bewährt. Es ist besser zu kontrollieren als die Wasserberieselung. Das Steinstaubverfahren darf nicht ohne weiteres abgelehnt werden.

Diesem Referat folgte eine sehr lebhafte Diskussion, in der die Fachmänner aus den Betrieben vor übereiltem Anwenden dieses neuen Verfahrens warnten. Auch wurde verlangt, daß die chemische Zusammensetzung des Steinstaubes genau festgestellt wird, damit er nicht neue gesundheitliche Gefahren heraufbeschwört.

Sämtliche zu diesem Punkt vorliegende Anträge werden dem Vorstand überwiesen, der ihnen in den gesetzgebenden Körperschaften Geltung verschaffen soll.

Parteiveranstaltungen

Referentenzusammenkunft.

Alle Genossinnen und Genossen, die gewillt sind, die Sozialistische Proletarierjugend durch Vorträge jeder Art zu unterstützen, werden zu einer Zusammenkunft am Sonnabend, den 12. November, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, eingeladen. Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlins.

Stadtverordneten-Fraktion. Die Fraktionssitzung findet nach der Einführung der Stadtverordneten im Zimmer 109 des Rathauses statt.

Donnerstag, 10. November

15. Verwaltungsbezirk. Sozial. Elternbeiräte. 7 Uhr gemeinsame sehr wichtige Sitzung in Niederschöneweide bei Schöps, Grünauer Str. 8. Die sog. Bezirksverordneten sind hierdurch eingeladen.

2. Distrikt (Wedding). 7 Uhr Frauenbildungsabend in der Schulaula, Lüttichstraße 47-48.

Schöneberg-Friedenau. Abends 7½ Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission mit den alten und neuen Bezirksverordneten bei Rosenthal, Ebersstr. 66.

Freitag, 11. November.

7. Distrikt (Wedding). Abends 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Repp, Swinemünder Str. 30.

18. Distrikt (Kreuzberg). Abends 8 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Schweikardt, Alte Jakobstr. 24.

Vereinskalender

Donnerstag, 10. November.

Zentralverband der Angestellten. Baugewerbe, Bergbau. Abends 7½ Uhr Fachgruppenversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — **Hüte, Mützen.** Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18. — **Kaufhäuser.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — **Leder.** Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Norden. Abends 8 Uhr Lichtbildervortrag in der Aula des Luisenstädtischen Gymnasiums, Gneisenstr. 49. Vortragender: Dr. Helfer. Eintritt 2 M.

Freitag, 11. November.

Internationaler Bund Neukölln. Abends 7 Uhr Generalversammlung in der Schulaula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 216.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" (Jugendabteilung). Abends 7 Uhr im Lokal Möckernstr. 114, Lichtbildervortrag.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche: Graphisches Gewerbe, Papier- und Pappe sortos. Abends 5 Uhr wichtige Gruppenversammlung in der Schulaula, Stallschreiberstr. 54. — Branche 3 F: Alt-Metallhandel. Abends 6 Uhr Gruppenversammlung bei Jerkera, Melchiorstr. 15.

Deutscher Verkehrsbund, Abteilung Kraftfahrer. Benzinlastkraftwagenführer. Abends 6½ Uhr große Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25, Restaurant. Tagesordnung: Stellungnahme zu der Lohnbewegung.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: H. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Damals!

Vergangenheit ...

Ja, es ist so: die deutsche Revolution ist Vergangenheit, ein Erlebnis von gestern, halb vergessen und ohne große Wirkungen. Vorbei der große Aufschwung, vorbei der begeisterte Wille zur Erneuerung, vorbei die roten Fahnen, vorbei die Räte. Vorbei, vorbei ...

Stinnes verdient, Seeckt kommandiert, Ludendorff, der nicht mehr Lindström heißt, hält Reden, Eitel-Friedrich von Hohenzollern nimmt Paraden ab. Die Kriegsschieber haben sich in Friedensschieber gewandelt. Geblieben sind ein paar Gesetze und die republikanische Staatsform, um deren Bestand wir kämpfen müssen, bedroht von Meuchelmord und schamloser Verleumdung.

Aber der 9. November gehört uns. Jene erhabenen Stunden geben uns eine unverlierbare Tradition und eine ewige Mahnung. Indem wir uns die Geschichte vergegenwärtigen, die wir vor drei Jahren gemacht haben, legen wir in uns und alle künftigen Geschlechter den Grundstein für die sozialistische Republik der Zukunft.

Die Soldaten.

Das Volk im Waffenrock, das war plötzlich die Armee der Revolution. Ob Arbeiter oder Bürger, wer Soldat war, der war auch ein Rebell. Vier Jahre Knechtschaft, vier Jahre Hunger, und jetzt Freiheit und Friede und Brot! Wer behielt da noch die kaiserlische Kokarde an der Mütze. Fort mit ihr, und wenn möglich, eine rote an ihre Stelle!

Der Vollzugsrat dachte an die Schaffung einer roten Garde. Die ganze Berliner Garnison protestierte: nein, keine Sondertruppe, alle wollten die revolutionäre Republik verteidigen, ihre Errungenschaften schützen gegen jeden, der es wagen würde, sie zu bedrohen.

Wenige nur dachten daran, daß die Uniform bloß die vorübergehende Verkleidung von Angehörigen verschiedener Klassen war, zwischen denen es keine Versöhnung geben kann. Die Mehrzahl beherrschte mit verhängnisvoller Einseitigkeit allein der Gedanke an Frieden.

Matrosen.

Wenn sie durch die Straßen marschierten, die Gewehre mit betonter Lässigkeit umgehängt, dann tuschelte es auf den Bürgersteigen und hinter den Fenstern der Restaurants. Die gestern noch Herren gewesen und nun herabgestürzt waren von dem Sockel krankender Ueberlegenheit, begnügten sich vorsichtig mit gehässigen Blicken und halben Bemerkungen. Denn immerhin, jene hatten die Macht, und die Macht flößt allen Respekt ein, die gewohnt sind, zu kriechen und zu schweifwedeln.

Aber das revolutionäre Volk jubelte ihnen zu. Jetzt waren sie seine „blauen Jungens", seine „Helden". Das wußten sie wohl, und dieses Gefühl gab ihnen ihre flinke Bereitschaft und das Bewußtsein ihrer Notwendigkeit.

Heimlich sickerten die Verleumdungen. Mörder und Räuber, Bolschewisten, Attentäter gegen die Ruhe und Ordnung der Bourgeoisie! Die Silberkammer im Berliner Schloß blieb unberührt, und in dem riesigen Weinkeller verschwand keine Flasche und kein Tropfen. Dennoch — die Arbeit der Reaktion begann mit der Beseitigung ihrer gefährlichsten Feinde.

Gegen den Vortrupp der Revolution, gegen die Männer, die zuerst die schwarz-weiß-roten Fahnen herabgeholt und durch rote ersetzt hatten. Es war nicht so glatt gegangen. Tote blieben auf dem Wege, Tote in Kiel, Tote in Berlin. Immer Matrosen. Bis zu dem grauenhaften Gemetzel in der Französischen Straße.

Noske, Kessel, Marloh ... wir werden sie nicht vergessen.

Die Arbeiter.

Nun war das alles doch nicht umsonst gewesen: das heimlich — Verschwörerhafte, die Handzettel, die man so vorsichtig weiterreichen mußte, die Streiks, die nun nachträglich wie Proben zu diesem großartigen Schauspiel wirkten.

Nicht umsonst der verbissene Ingrimm und der verzehrende Haß. Nicht umsonst auch das gefährliche Spiel mit Zuchthaus und Einberufung, bei dem es so manchem gepackt hatte. Nun war das alles untergegangen in dem berauschenden Sieg.

Jetzt galt es, das große Ziel des Sozialismus, das leuchtende Ideal jahrzehntelangen Ringens zu verwirklichen. Ans Werk also! Wo sind Hindernisse? Sind nicht alle willig? Bereuen nicht die Mehrheitssozialisten das Verbrechen von 1914 und ihre schmähliche Unterstützung des Krieges? Sind sie nicht bereit, ihre frevelhafte Beteiligung an dem Kreuzzug gegen das Proletariat wiedergutzumachen durch ehrliche Rückkehr zu der Ueberzeugung, gegen die sie verstoßen? Hat nicht Scheidemann, gestern noch kaiserlicher Staatssekretär, selbst die Republik ausgerufen? Vergeben wir und vergessen wir! Denn unmöglich ist es, daß nach dem 9. November noch Proletarier sich zu Dienern des Kapitalismus hergeben, unmöglich, daß Proletarierführer noch mit den alten Gewalthabern liebäugeln und das Volk verraten, auf dessen Schultern sie in Staatsmacht und Verantwortung gestiegen sind. Unmöglich ...

Die Frauen.

Endlich, endlich, endlich ein Ende des Schreckens. Endlich Friede und Glück und Wohlfahrt. Endlich Rückkehr zur Menschlichkeit, zu uns selbst.

Nicht mehr ungewohnte Berufe, in Hosen und Dienstmütze, nicht mehr Granatendrehen und Hilfsdienstpflicht. Nicht mehr Kohlrüben, die unsere tägliche Nahrung sind, nicht mehr die Polonäsen vor den Geschäften, in den blaugefrorenen Händen das Bündel Karten, für das es ein Quentchen ranzige Margarine, ein Stück kleiiges Brot, ein paar Briketts gibt. Nicht mehr Herrschaft der Reichen, die, indes wir hungerten und fraren, aus gutgespickten Hamsterlagern in warmen Zimmern prahlten.

Endlich kommen unsere Männer, unsere Söhne wieder, sofern sie nicht irgendwo in einem unbekannten Massengrab liegen. Endlich dürfen wir wieder Frauen sein, nicht mehr Ersatzmänner, Frauen mit weiblichen Gefühlen und weiblicher Arbeit.

Auf dem Schloß weht die rote Fahne, und die Männer blicken glücklich und stolz.

Endlich ist Licht geworden in der Finsternis, die wir durchschritten. Endlich können wir wieder hoffen und glauben. Die Unterdrücker liegen am Boden, der Weg unserer Sehnsucht liegt offen. Wird die Revolution ihn vollenden?

Die Toten.

Wenn wir das alles noch einmal an uns vorüber ziehen lassen, wenn wir uns noch einmal unsere Gefühle, Meinungen und Irrtümer an den größten Tag der deutschen Geschichte vergegenwärtigen, dann ziemt es sich vor allem jener zu gedenken, die freudig ihr Leben für die Revolution geopfert haben.

Die acht Rebellenleichen, die am 6. November in Kiel auf dem Platze blieben, sind nicht die einzigen geblieben. November, Dezember 1918, Januar 1919 und die ganzen Jahre seither — immer Tote, immer Opfer. Nur von wenigen kennen wir die Namen; als graue unbekannte Masse sind die meisten gestorben, wie sie gelebt haben. Wir wissen nicht, wie sie geartet waren, kennen nichts von ihnen als ihr Sterben, das sie verklärt mit dem Heiligenschein der Unsterblichkeit.

Die Republik hat ihnen kein Denkmal gesetzt, aber ihr Tod bleibt uns ewige Mahnung zu ständiger Bereitschaft und furchtloser Tapferkeit, solange noch ein Mensch um Brot betteln, ein Arbeitsloser vergebens nach Arbeit suchen muß. Der Krieg geht weiter, neue Verluste stehen uns bevor, wir werden sie tragen in der Gewißheit des schließlichen Sieges.

Wir haben Fehler begangen, wir haben uns Nachlässigkeiten zuschulden kommen lassen — wir werden daraus lernen. Der Tag, der wiederkommen muß, wird uns auf dem Platz finden, tatkräftig und mit erhöhter Erkenntnis!